

Marie Ginter

Erste Schlussfolgerungen aus der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Thüringen

1. Vorbemerkungen

Dieser Aufsatz, der im Rahmen eines Praktikumseinsatzes im Thüringer Landesamt für Statistik erarbeitet wurde, setzt sich mit möglichen Schlussfolgerungen aus der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Thüringen auseinander. Die Ergebnisse der Berechnung liegen in ausführlicher Form in der Veröffentlichung des Thüringer Landesamtes für Statistik „Entwicklung der Bevölkerung Thüringens von 1998 bis 2050 – Ergebnis der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung“ vom Februar 2000 vor und werden hier einleitend kurz zusammengefasst. Im Verlauf dieses Aufsatzes wird außerdem auf die nach Kreisen differenzierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2020 zurückgegriffen.

Anschließend bietet es sich an, die prognostizierten Prozesse im Rahmen eines Modells der Bevölkerungsentwicklung für Industrieländer zu analysieren. Eine solche theoretische Fundierung soll dazu beitragen, das Phänomen des Bevölkerungsrückgangs in einem Zusammenhang zu sehen, der für alle westeuropäischen Staaten charakteristisch ist und über die spezifischen Einflüsse auf Thüringen seit den 1990er Jahren hinaus reicht.

Auf dieser Basis kann eine Diskussion der Maßnahmen stattfinden, mit denen eine Reaktion auf die berechnete Bevölkerungsentwicklung erfolgen kann. Die Ausführungen der vorliegenden Arbeit beschränken sich auf die im folgenden ausgewählten Bereiche und stellen einen ersten Aufriss der Problematik dar. Dabei sind Überlegungen in zwei Richtungen anzustellen. Zum einen soll von dem Fall ausgegangen werden, dass die Prozesse wie prognostiziert eintreffen. Welche Handlungen wären daraufhin in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen denkbar?

Zum anderen wird diskutiert, welche Faktoren die negative Entwicklung abschwächen können. Da die Verringerung der Bevölkerung mit gravierenden Problemen verbunden ist, muss diesem Ansatz eine verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Um eine Veränderung der Faktoren zu schaffen, wäre hier zunächst eine detaillierte Analyse der Ursachen erforderlich, die insbesondere den Geburtenrückgang in Thüringen herbeiführten. Nur wenn über diese Determinanten Klarheit besteht, kann gezielt an ihnen angesetzt werden.

In diesen beiden Ansätzen soll der Schwerpunkt des vorliegenden Aufsatzes bestehen. In ihnen werden die Geburtenrate, die Sterberate und Wanderungen als Faktoren der Bevölkerungsentwicklung untersucht.

Abschließend sollen die Konsequenzen aus dieser Analyse gezogen werden. Dabei wird zu diskutieren sein, in welchen Bereichen einem der Ansätze Priorität einzuräumen wäre.

Die in diesem Aufsatz dargestellten Überlegungen sind als Denkanstöße zu verstehen. Das Thüringer Landesamt für Statistik möchte damit einen Beitrag zur Diskussion über mögliche Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung leisten. Wir danken der Autorin für ihre engagierte Arbeit.

2. Prognose und Modell der Bevölkerungsentwicklung

2.1 Ergebnisse der Bevölkerungsentwicklung

Die 9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung stellt dar, wie sich die Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung Thüringens unter bestimmten Annahmen bis zum Jahr 2050 entwickelt ¹⁾. Die Berechnung ist nach Altersgruppen und Geschlecht differenziert. Drei Faktoren determinieren den Prozess der Bevölkerungsentwicklung: Geburten, Sterbefälle und Wanderungen.

Eine Bevölkerungszahl bliebe konstant, wenn im Durchschnitt jede Frau 2,1 Kinder bekäme. Damit würde die Größe der Population reproduziert. Liegt das Geburtenniveau darunter, so nimmt die Bevölkerungsgröße ab. In Thüringen lag die Rate 1998 bei 1,1 Kindern, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt. Der Wert ist im früheren Bundesgebiet höher, wo die Fertilität 1,4 Kinder beträgt. Im Zuge der Angleichung der Lebensverhältnisse wird auch in Thüringen mit einer Steigerung auf dieses Niveau gerechnet. Es soll im Jahre 2005 erreicht werden. Damit läge die erwartete Reproduktionsrate von 1,4 bei zwei Dritteln des bestandserhaltenden Niveaus von 2,1 Kindern pro Frau.

Bezüglich der Lebenserwartung wird ebenfalls von einer Angleichung an das Niveau der alten Bundesländer ausgegangen. Bei den Neugeborenen ab 2005 soll in Thüringen der Wert erreicht werden, der heute auf das ehemalige Bundesgebiet zutrifft. Ab dem Jahre 2025 wird mit einer völligen Aufhebung der Unterschiede gerechnet. Darüber hinaus geht man von einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung aus. Für im Jahre 2025 neugeborene Mädchen werden 82,6 Jahre erwartet und für Jungen 76,2 Jahre. Bis 2050 erhöhen sich diese Werte auf 84,5 bzw. 78,1 Jahre.

Den dritten Faktor stellen die Wanderungen dar. Was die Binnenwanderungen betrifft, so verlor Thüringen in den letzten Jahren jeweils 5 - 8 Tsd. Einwohner mehr an andere Bundesländer als Zuzüge zu verzeichnen waren. Dieser Saldo soll ab 2016 ausgeglichen sein und somit nicht mehr zur Verringerung der Bevölkerung beitragen.

Ein Wanderungsgewinn wird von Aussiedlern erwartet. In den folgenden Dekaden wird ihre Anzahl jedoch abnehmen, weil sich das Potenzial ausreisewilliger Aussiedler verringert. Bis 2040 werden ihre Zuwanderungen ganz auslaufen.

Ein weiterer Einfluss besteht in den Außenwanderungen von Ausländern. Ihre Anzahl wird weitgehend von politischen Entscheidungen und der internationalen Lage determiniert. Deshalb wurde für Thüringen mit zwei Varianten gerechnet, die jeweils eine Aufnahmequote von 3,3 Prozent der Ausländer zugrunde legen, die jährlich nach Deutschland zuwandern werden. In der ersten Variante sind dies 100 Tsd. und in der zweiten 200 Tsd. Personen.

Unter diesen Voraussetzungen wird ein Rückgang der Bevölkerung in Thüringen von 2,478 Mill. Ende 1997 auf 1,730 Mill. Personen Ende 2050 berechnet. Dies ist ein Rückgang um 748 Tsd. Personen bzw. 30,2 Prozent. Dabei nimmt die Verringerung in den einzelnen Jahrzehnten ständig zu.

Der Berechnung zufolge wird die Geburtenzahl bis 2010 durchschnittlich 19 500 pro Jahr betragen. Aufgrund des geringen Geburtenniveaus ab 1992 reduziert sich jedoch die folgende Müttergeneration. Dies führt zu einem starken Absinken der Geburten von 2021 bis 2030. Für jenen Zeitraum wird mit jährlich 13 250 Lebendgeborenen gerechnet.

Die Anzahl der Sterbefälle wird sich von 11,4 Gestorbenen je 1 Tsd. Einwohner im Zeitraum 1991 bis 2000 auf 18,0 in den Jahren 2040 bis 2050 erhöhen. Dies entspricht einem Anstieg um mehr als 50 Prozent. Er ist darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Bevölkerung mit hohem Alter aufgrund der steigenden Lebenserwartung zunimmt. Bei ihnen ist die Sterbewahrscheinlichkeit höher als in jüngeren Jahren. So starben im Laufe eines Jahres 249 Personen im Alter von 40 Jahren je 100 Tsd. Einwohner, aber bei den 80-Jährigen beträgt die Anzahl der Gestorbenen bereits 10 017 je 100 Tsd. Einwohner ab 80 Jahren.

Aus dieser Entwicklung der Geburten und Sterbefälle resultiert ein jährlicher Sterbefallüberschuss. Er wird im Jahrzehnt ab 2040 einen Bevölkerungsrückgang um 10,50 Prozent verursachen. Diese Verluste können der Berechnung zufolge nur in geringem Maße von einem positiven Migrationssaldo ausgeglichen werden. So steht etwa einem Sterbefallüberschuss von 123 Tsd. Personen im Zeitraum von 2011 bis 2020 lediglich ein Wanderungsgewinn von 18 600 Personen gegenüber.

¹⁾ Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht, Entwicklung der Bevölkerung Thüringens von 1998 bis 2050 – Ergebnis der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Erfurt 2000.

Diese Entwicklungen werden zu einer starken Veränderung der Altersstruktur führen. Die Anzahl der über 65-Jährigen wird von 388 800 im Jahre 1998 auf 578 200 im Jahre 2050 steigen. Das entspricht einer Erhöhung ihres Anteils an der Bevölkerung von 15,8 auf 33,4 Prozent. Damit geht zugleich der Anteil der Erwerbsfähigen im genannten Zeitraum von 70,1 auf 54,8 Prozent zurück. Das hat zur Folge, dass 100 erwerbsfähige Personen eine ständig zunehmende Anzahl von Senioren unterhalten werden. Der Belastungsquotient, der neben den zu versorgenden 65-Jährigen und Älteren auch die noch nicht erwerbsfähigen unter 15-jährigen einschließt, steigt deutlich an. 1998 betrug er 42,6 Personen je 100 Erwerbsfähige und wird 2050 bei 82,3 Personen liegen.

2.2 Modell der demographischen Entwicklung

Die dargestellte Abnahme der Bevölkerung in Thüringen ist für postindustrielle Gebiete charakteristisch. Ein bisher angewandtes Modell der Bevölkerungsentwicklung zeigt vier Phasen, die zu einem solchen Prozess führen ²⁾. Sie stellen den Übergang von der vorindustriellen Bevölkerungsweise am Beginn des 19. Jahrhunderts zur städtischen, modernen Weise am Ende des 20. Jahrhunderts dar.

- Die erste Phase weist ein geringes Wachstum der Bevölkerung auf. Es resultiert daraus, dass die Geburtenrate etwas höher liegt als die Sterberate. Beide Raten sind hoch, und es ist eine starke Fluktuation der Zahlen zu verzeichnen. Diese Umstände trafen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts auf das Gebiet Preußens zu. ³⁾
- In der zweiten Phase, dem demographischen Übergang des frühindustriellen Bevölkerungsprozesses, nahm die Sterberate stark ab. Diese Entwicklung lässt sich unter anderem auf die medizinischen Fortschritte zurückführen und ist besonders deutlich am Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachten. ⁴⁾ Da die Geburtenrate gegenüber der ersten Phase unverändert blieb, resultierte aus diesem Zeitraum ein starkes Wachstum der Bevölkerung.
- Die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts leiteten die dritte Phase des Bevölkerungsprozesses ein. Durch eine Verringerung der Geburten nähert sich ihre Rate wieder an die Sterberate an. Beide liegen nun bedeutend niedriger als in der ersten Phase, und das Wachstum der Bevölkerung verlangsamt sich ständig.
- In der vierten Phase des Modells bleibt die Geburtenrate so geringfügig über der Sterberate, dass das Wachstum der Bevölkerung gegen null tendiert. Diese Situation trifft auf fortgeschrittene Industrieländer zu.

Diese Darstellung der Bevölkerungsentwicklung bedarf der Erweiterung um eine fünfte, postindustrielle Phase:

- In der Kontinuität der Entwicklung hält die Senkung der Geburtenrate schließlich so lang an, bis sie die Sterberate unterschreitet. Aufgrund des nun vorhandenen Sterbefallüberschusses reduziert sich die Größe der Bevölkerung. Dieser Entwicklung sehen sich Dienstleistungsgesellschaften in ähnlichem Maße ausgesetzt.

In der Anwendung dieses Modells relativieren sich zwei demographische Ereignisse aus der früheren Bundesrepublik. Zum einen handelt es sich um den „Babyboom“ der 1950er Jahre ⁵⁾. Er lässt sich durch folgende Faktoren erklären: Bedingt durch den Zweiten Weltkrieg waren viele Paare getrennt, und auch die unmittelbare Nachkriegszeit mit Not, Gefangenschaften und verspäteter Ausbildung erlaubte keine Basis für Familiengründungen. Diese fanden in der Zeit des Wirtschaftswachstums statt, welches die notwendigen materiellen Sicherheiten dafür bot. Dabei wurden die zuvor ausbleibenden Geburten nachgeholt. Zusätzlich wurden „vorgezogene“ Kinder geboren, denn der Wohlstand erlaubte eine frühere wirtschaftliche Selbstständigkeit und somit Familiengründungen. Beides spiegelte sich in den sowohl auffallend alten wie auch sehr jungen Eltern der Babyboomgeneration wider.

Mit dem Ende dieser Sonderbedingungen in den 1960er Jahren ging das Wachstum der Bevölkerung zurück. Die Entwicklung näherte sich wieder dem Modell der modernen Bevölkerungsweise an. Veränderte wirtschaftliche Bedingungen wirkten sich dabei auf die Geburtenrate aus. Denn auffälligerweise sank sie zu Beginn der 1970er Jahre unter die Sterberate, als sich die Wirtschaft bedingt durch die Ölpreiskrise in einer Rezession befand. Der „Pillenknick“ kann somit nicht als Ursache der demographischen Entwicklung gewertet werden. Vielmehr lässt sich die Verwendung der Antibabypille selbst als Reaktion auf eine veränderte Situation interpretieren. Dafür spricht auch der Geburtenrückgang zur gleichen Zeit in Ländern ohne Pille wie zum Beispiel in Irland ⁶⁾.

2) Schubell, H.: Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern. In: Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart u.a. 1973. Bd. 6 S.11.

3) Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972. Stuttgart 1972.

4) Ebd.

5) Council of Europe: Recent Demographic Developments in Europe. Strasbourg 1995.

6) Ebd.

Die Entwicklung in der DDR stellt in diesem Modell einen Sonderfall dar. Ihre stationäre Bevölkerungszahl kann im Zusammenhang mit einer Reihe von spezifischen Faktoren diskutiert werden. Die Geburtenzahl wurde durch staatliche Maßnahmen zur Familiengründung beeinflusst. Kinderkrippen und Kindergärten sowie Schulhorte standen in ausreichender Zahl und zu geringen Kosten für den Nachwuchs zur Verfügung. Sie ermöglichten den Müttern eine weitgehend uneingeschränkte Berufstätigkeit.

Dass die Lebenserwartung nicht deutlich anstieg, ist auch auf die weniger entwickelten Möglichkeiten der medizinischen Versorgung zurückzuführen.

Bezüglich der Migration konnten bis in die 1960er Jahre mehr Aus- als Einwanderungen verzeichnet werden, so dass auch dieser Faktor nicht zu einem Anstieg der Bevölkerungszahl führen konnte.

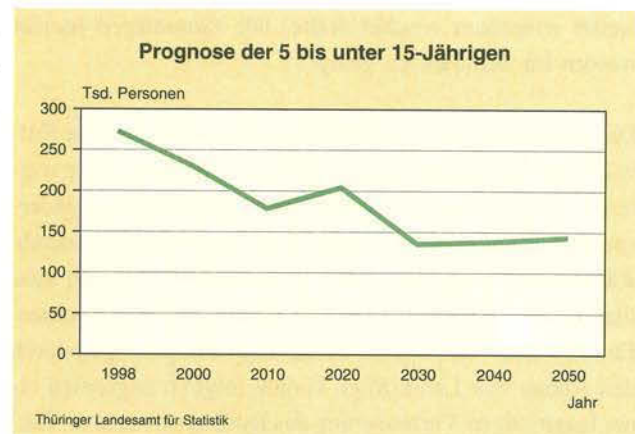
Mit dem Wegfall dieser Einflüsse ab 1989 änderten sich die demographischen Prozesse gravierend. Sie sind in einem engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situation zu sehen. Mit ihrer Gestaltung gemäß einer Dienstleistungsgesellschaft setzte der dargestellte Geburtenrückgang um so stärker ein. Die derzeitige Situation der Bevölkerungsabnahme stellt somit eine strukturelle Folge der gesellschaftlichen Änderungen dar und findet ihre theoretische Fundierung im oben vorgestellten und erweiterten Modell.

3. Reaktionen auf die prognostizierte Entwicklung

3.1 Geburtenrückgang

3.1.1 Bildungswesen

Die seit den 1990er Jahren gesunkene Geburtenrate erfordert in den unterschiedlichsten Bereichen langfristige Veränderungen. Besonders deutlich und relativ schnell wird sich die Verringerung der Kinderzahlen zunächst auf das Schulwesen auswirken. Lebten im Jahre 1998 noch 272 100 Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis unter 15 Jahren in Thüringen, reduziert sich ihre Zahl der Prognose zufolge bis 2020 um ein Viertel auf 203 Tsd. Bis 2050 sinkt sie weiter auf 142 300 und beträgt damit noch 52,3 Prozent des Standes von 1998. Zwar sind in diesen Zeiträumen vorübergehende Anstiege der Kinderzahl prognostiziert, aber eine Rückkehr zur Anzahl von 1998 ist nicht zu erwarten.



In den Zahlen der Einschulungen spiegelt sich der Geburtenrückgang bereits wider. Zu Beginn des Schuljahres 1993/94 wurden noch 33 969 Kinder eingeschult. Bis 1998/99 reduzierte sich diese Zahl um 52,2 Prozent auf 16 229 Einschulungen. Die Zahl der vollbeschäftigten Lehrer an allgemeinbildenden Schulen sank in diesem Zeitraum von 24 414 auf 12 320. Dagegen erhöhte sich die Zahl der Lehrer mit Teilzeitbeschäftigung von 2 420 auf 12 287.⁷⁾

Aufgrund des niedrigen Geburtenniveaus wird es auch in den nächsten Jahrzehnten erforderlich sein, die Zahl der Lehrkräfte und schulischen Einrichtungen zu reduzieren. Dabei müssen neben der Orientierung an den zukünftigen Schülerzahlen weitere Zusammenhänge berücksichtigt werden. Mit zunehmenden Entfernungen zwischen Wohn- und Schulort kommen die Kinder und Jugendlichen in ein anonymes Umfeld. Kontakte zwischen Lehrern und Eltern werden erschwert und die Möglichkeiten zur sozialen Kontrolle reduziert. Es wäre zu untersuchen, ob auch die Zunahme von Gewalt und Kriminalität an Schulen in einer Verbindung mit diesen veränderten Strukturen steht.

Eine besondere Bedeutung kommt dem Bildungswesen außerdem im Qualifikationsniveau zu. Dieses gilt zum einen als wichtiger Faktor für die Wachstumsdynamik der Wirtschaft und kann nur durch permanente Weiterbildung gesichert werden.⁸⁾ Zum anderen ist ein breit gefächertes und hohes Qualifikationsniveau für ausländische Investoren attraktiv.⁹⁾ Es stellt somit einen Standortvorteil dar, der

7) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Allgemeinbildende Schulen in Thüringen 1998. Erfurt 1999.

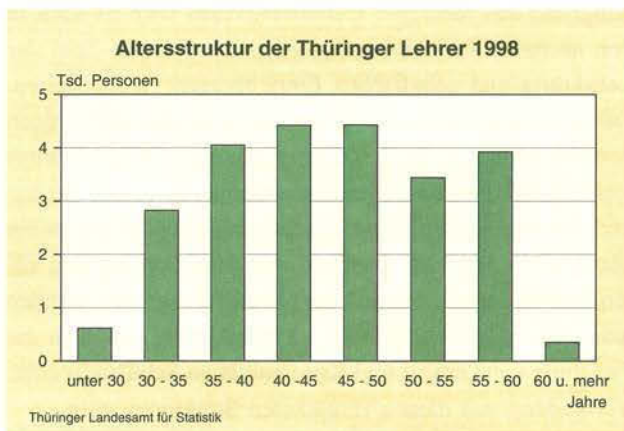
8) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010. Beiträge zur Strukturforchung. Heft 6. Berlin 1997. S. 8f.

9) Ebd. S. 10.

weiter ausgebaut werden sollte. Die Grundlagen hierfür werden im Schulwesen gelegt.

Die große Bedeutung der Bildung für die zukünftige Entwicklung Thüringens sollte sich in der Planung ihrer weiteren inhaltlichen und strukturellen Ausgestaltung widerspiegeln. Durch die sinkende Schülerzahl frei werdende Kapazitäten sollten so weit wie erforderlich für eine qualitative Verbesserung der Bildungswege genutzt werden. Ein teilweiser Verzicht auf kurzfristige Einsparungen durch den Abbau von Lehrkräften könnte folglich zugunsten einer langfristigen Verbesserung des Bildungsniveaus in Thüringen genutzt werden.

Im Rahmen möglicher Veränderungen müsste auch die ständige Überprüfung der Lehrinhalte im Hinblick auf den jeweiligen Forschungsstand eingeführt werden, um einen Anschluss an die fortschreitenden Erkenntnisse in den verschiedenen Fachgebieten zu ermöglichen. In der Bemühung um eine Aktualität der Bildungsinhalte und ihrer Vermittlung muss die im folgenden sichtbare Altersstruktur der Lehrer diskutiert werden.

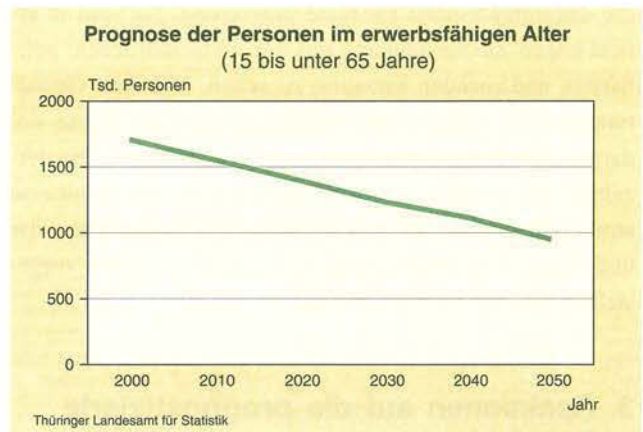


Sowohl der Abstand zum Alter der Schüler als auch zur Entwicklung der neuen Medien vergrößert sich stark ohne die Einstellung junger Lehrkräfte. Die Besetzung der Altersgruppen der Lehrer an allgemeinbildenden Schulen im Jahr 1998 zeigt, dass lediglich 14,3 Prozent der Lehrer jünger als 35 Jahre war. Wie das Diagramm illustriert, gehörte dagegen über die Hälfte zu den ab 45-Jährigen. Davon waren aber nur 1,5 Prozent 60 Jahre und älter.¹⁰⁾ Somit ist eine deutliche Verjüngung der Lehrerschaft aufgrund der geringen Zahl der altersbedingt Ausscheidenden in unmittelbarer Zukunft nicht zu erwarten.

Welcher Zukunft sehen dann Absolventen eines Lehramtsstudiums entgegen? Sie werden derzeit zum Beispiel in Baden-Württemberg gesucht. Abwanderungen in großer Zahl sind zu befürchten, wenn die Chancen auf einen Arbeitsplatz in Thüringen nicht gegeben werden. Mit Niedersachsen bestehen bereits Vereinbarungen über Anstellungen für Lehrer aus Thüringen, und auch nach Hessen gibt es Abwanderungen. Ein Verzicht auf ihre Fähigkeiten und ihren Wissensstand kann in den Schulen eine Hinführung an die Erfordernisse des heutigen Erwerbslebens erschweren.

3.1.2 Erwerbstätigkeit

Neben den erwähnten indirekten Einflüssen der Bevölkerungsentwicklung auf die Wirtschaft über das Qualifikationsniveau wird sich die Reduzierung der Einwohnerzahlen auch unmittelbar auf diesen Bereich auswirken. Die geringe Geburtenzahl führt zu einer Abnahme der Erwerbspersonen¹¹⁾:



Im April 1999 umfasste die Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1 696 Tsd. Personen. Von diesen waren 77,2 Prozent bzw. 1 309 312 erwerbstätig oder erwerbslos.¹²⁾ Die übrigen Personen stellten Nichterwerbstätige wie zum Beispiel Schulkinder, Nur-Hausfrauen oder Rentner dar. Blicke die Verteilung unverändert, so gäbe es im Jahr 2010 noch 1 200 383 Erwerbspersonen. Das sind 8,3 Prozent bzw. 108 929 Personen

10) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Allgemeinbildende Schulen in Thüringen 1998. Erfurt 1999.

11) Erwerbspersonen setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen.

12) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Haushalt und Familie in Thüringen, April 1999, nach Kreisen. Ergebnis des Mikrozensus. Erfurt 2000.

weniger als 1999. Bis 2030 bzw. 2050 werden deutlichere Verringerungen der Zahlen erwartet. Der Rückgang wird 27,2 bzw. 44,0 Prozent gegenüber 1999 betragen. Somit kann zunächst mit einer Abnahme der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Im Zuge der langfristigen Entwicklung ist es jedoch fraglich, bis wann die Nachfrage nach Arbeitskräften gedeckt werden kann. Dies hängt von den Veränderungen in der Zahl der Arbeitsplätze ab. Hierbei kann in zwei Richtungen gedacht werden. Zum einen könnte sich ihre Zahl aufgrund der fortschreitenden Technisierung vermindern. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Rationalisierung bislang überwiegend Industrie und Landwirtschaft betraf. Die Strukturänderungen in diesen beiden Sektoren und damit der Abbau von Arbeitsplätzen wird im Laufe der nächsten Jahre nachlassen. Dafür spricht der Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten. In Großbritannien liegt der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft seit über 10 Jahren am niedrigsten und beträgt 2,0 Prozent.¹³⁾ Auch wenn in Thüringen 1999 noch 3,5 Prozent bzw. 29 677 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei tätig waren¹⁴⁾, sind mögliche Verringerungen der Arbeitsplätze nicht mit den oben genannten Rückgängen der Erwerbspersonen zu vergleichen. Im produzierenden Gewerbe gäbe es ein größeres Potential für Rationalisierungen. Der Anteil der Beschäftigten in diesem Wirtschaftsbereich beträgt in Thüringen 34,8 Prozent¹⁵⁾ und liegt somit über dem Durchschnitt der ehemaligen EG-Staaten von 26,0 Prozent. Um dieses Niveau zu erreichen, müssten 98 921 Arbeitsplätze abgebaut werden. Zum Vergleich dazu sei auf den Rückgang um 1 200 383 Erwerbspersonen bis 2010 verwiesen. Es zeichnet sich somit nicht ab, dass die Abnahme der Erwerbspersonen durch einen Abbau von Arbeitsplätzen ausgeglichen wird.

Dies lenkt die Überlegungen in eine andere Richtung. Dabei wird sogar mit einer Zunahme der Arbeitsplätze gerechnet. Diese Annahme gründet sich auf die Expansion des Dienstleistungssektors. Eine Rationalisierung von Arbeitsplätzen ist in diesem Bereich nicht zu erwarten, da ein großer Teil der Arbeitsabläufe personengebunden ist wie zum Beispiel im Tourismus, im Gesundheitswesen, in Bildung und Beratung. Vielmehr ist eine Zunahme von Beschäftigten zu erwarten, denn mit 61,6 Prozent liegt Thüringen unter dem westeuropäischen Durchschnitt von 68,0 Prozent. Die deut-

lichsten Strukturänderungen haben sich bislang in den Niederlanden vollzogen, wo 75,0 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig sind. Die Zunahme der Beschäftigten in diesem Sektor beruht unter anderem darauf, dass die Einkommenselastizität für Dienstleistungen höher ist als für Produkte der Landwirtschaft und Industriegüter. Das heißt, dass bei steigendem Einkommen ein überproportionaler Teil dafür ausgegeben wird und somit eine hohe Nachfrage besteht. Des Weiteren erfordert die Rationalisierung der Industrie einen Ausbau von Dienstleistungen in den Bereichen der Werbung, Wartung und des Service. Dass die Produktivitätsfortschritte im Dienstleistungsbereich aufgrund der Gebundenheit an Personen geringer sind als in den anderen beiden Sektoren, hat eine weitere Auswirkung auf die Entwicklung der Arbeitsplätze. Darauf verweist die Erfahrung in den USA, wo der Schritt zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft früher vollzogen wurde als in Europa. Dort genügen 0,6 Prozent Wirtschaftswachstum, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, während in Deutschland noch 2,4 Prozent benötigt werden¹⁶⁾.

Die Überlegungen resultieren darin, dass das Problem des Rückgangs der Erwerbspersonen durch eine Zunahme von Arbeitsplätzen noch verschärft werden könnte.

Diese Entwicklung kann dazu führen, dass sich die Anforderungen an den einzelnen erhöhen. Damit wird wiederum ein Zusammenhang mit dem Bildungswesen sichtbar. Denn die Grundlage für eine stärkere Flexibilität in den beruflichen Tätigkeiten muss in der Schulbildung gelegt werden. Je besser die bereits in der Schule vermittelten Fähigkeiten sind, desto effektiver kann eine Weiterbildung im Erwerbsleben darauf aufbauen. Es ist jedoch deutlich, dass damit das Problem des Rückgangs der Erwerbspersonen nicht zu lösen ist.

Weitere Konsequenzen können sich im Investitionsverhalten zeigen. Es stellt sich die Frage, wieviele Konzerne sich im Freistaat noch niederlassen, denn es wird ihnen nicht unbekannt bleiben, dass sich die Besetzung der Arbeitsplätze in einigen Jahren problematisch gestalten könnte.

13) OECD: Labour Force Statistics. In: Yearbook of Labour Statistics.

14) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 2000. Erfurt 2000.

15) Ebd.

16) Berger, Roland. In: Spiegel special 2/1999: Generationen im Konflikt. Jung gegen Alt. Hamburg 1999.

Hier stellt sich die Frage, ob der Mangel durch Änderungen im Pendlerverhalten zu verringern wäre. 909 558 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die am 30. Juni 1999 mit einem Wohnort in Thüringen gemeldet waren,

standen 839 888 Personen dieser Kategorie gegenüber, die hier ihren Arbeitsort angaben.¹⁷⁾ Im negativen Pendlersaldo von 69 670 Personen bzw. 7,7 Prozent läge ein Potential für Arbeitskräfte in Thüringen. Dabei ist zu berücksichtigen, in welchen Gebieten dieser Saldo entsteht:



In vier Landkreisen arbeiten weniger als 75 Prozent der dort wohnhaften sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dazu gehört zum einen Sömmerda mit 73,1 Prozent. Der Kreis scheint in diesem Zusammenhang allerdings nicht von Interesse zu sein, denn in Erfurt arbeiten 44,8 Prozent mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als wohnen. Dieser für Thüringen höchste positive Saldo entsteht vor allem durch Pendler aus den angrenzenden Landkreisen. Auf den Wartburgkreis und Eisenach trifft eine ähnliche Beziehung zu. Doch insgesamt haben dort bereits knapp 9 Tsd. Beschäftigte mehr ihren Wohnort als ihren Arbeitsort. Diese Differenz lässt sich unter anderem auf Pendler nach Hessen zurückführen. Des weiteren wird in diesem Zusammenhang der Fokus auf die Kreise Hildburghausen und Sonneberg gelenkt. Dort arbeiten 70,8 Prozent bzw. 74,2 Prozent der wohnhaften sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, was auf ein Pendlerverhalten nach Bayern hinweist. Mit 77,1 Prozent lässt sich ein weiterer Pendlerstrom zwischen dem Eichsfeld und Niedersachsen erkennen. Daraus resultiert der Schluss, dass in diesen Kreisen noch Potentiale ausgeschöpft werden könnten, wenn sich in ihnen Industrien ansiedeln. Dies könnte auch verhindern, dass die Pendler ihren Wohnort zum Arbeitsort verlegen und somit aus Thüringen abwandern.

3.1.3 Konsum

Die Nachfrage nach bestimmten Gütern wird bei einem Rückgang der Bevölkerung um 29,7 Prozent bis 2050 sichtbar nachlassen. Weniger Personen benötigen entsprechend geringere Mengen von Produkten. Dies trifft zum Beispiel auf den physisch begrenzten Konsum von Nahrungsmitteln zu. Auf eine Sättigungsgrenze in diesem Bereich weist die unterproportionale Erhöhung der Ausgaben dafür hin, die mit einem Anstieg von Einkünften einhergeht.

Die Einkommenselastizität für Industriegüter ist zwar höher als für Erzeugnisse der Landwirtschaft, doch auch hier ist eine sinkende Nachfrage zu erwarten. Es müsste genauer untersucht werden, wie sich die Nachfrage nach Pkw's, Haushaltsgeräten, Erzeugnissen der Unterhaltungselektronik und anderen Gütern bei der prognostizierten Abnahme der Bevölkerung entwickeln könnte.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die erforderlichen strukturellen Änderungen gemäß den Prinzipien des Liberalismus der Selbstregulierung des Marktes

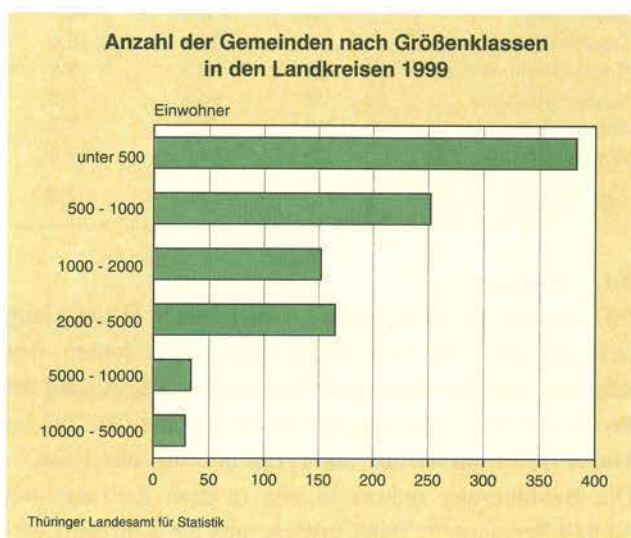
¹⁷⁾ Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Thüringen am 30.06.1999. Erfurt 2000.

überlassen bleiben oder ob es notwendig wäre, sie durch politische Entscheidungen zu beeinflussen.

3.1.4 Gemeindestrukturen

Einen weiteren direkten Einfluss übt die Bevölkerungsentwicklung auf die Größe der Gemeinden und somit auf die Strukturen ihrer Verwaltung aus. Eine Gemeinde mit eigener Verwaltung braucht nach § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung mindestens 3 Tsd. Einwohner. Sind es weniger, so soll ein Zusammenschluss zur Verwaltungsgemeinschaft erfolgen, die 5 Tsd. Einwohner benötigt. Die Alternative hierzu bietet sich in Form der erfüllenden Gemeinde, welche Verwaltungsaufgaben für Gemeinden mit weniger als 3 Tsd. Einwohnern ausführt.

Eine Mindesteinwohnerzahl für Gemeinden gibt es in Thüringen nicht. Dies ermöglicht die Existenz von insgesamt 1 019 Gemeinden im Freistaat, von denen 383 bzw. 37,6 Prozent unter 500 Einwohner haben.¹⁸⁾ In 635 Gemeinden wohnen weniger als 1 Tsd. Personen.



Die Einwohnerzahlen werden sich aufgrund der negativen Bevölkerungsentwicklung weiter verringern. Dadurch werden nach den bereits erfolgten Verwaltungsreformen und Eingemeindungen in den nächsten Jahrzehnten erneut Diskrepanzen zwischen Größenverordnungen und tatsächlichen Einwohnerzahlen auftreten. Um in der Zukunft wieder eine Übereinstimmung von beiden Größen herzustellen, müssten entweder erneut Umstrukturierungen der Gebiete vorgenommen werden, oder die Richtlinien müssen angesichts der Bevölkerungsentwicklung auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft werden.

Für weitere Zusammenschlüsse von Gemeinden sprächen vor allem die Kosten, die für die Erfüllung der Aufgaben anfallen. Eine Vielzahl von Einrichtungen kann erst ab einer bestimmten Einwohnerzahl effektiv genutzt werden. Dabei rechnet man im Bereich der Daseinsvorsorge zum Beispiel für Feuerwehr und Kindergarten mit 5 Tsd. bis 10 Tsd. Einwohnern.¹⁹⁾

Diesen Überlegungen ist die Siedlungsstruktur gegenüber zu stellen. Wenn die kleinen Gemeinden weitere Aufgaben verlieren würden, nähme damit die erstrebte Bürgernähe ab. Außerdem sind in diesem Zusammenhang die Veränderungen der demographischen Strukturen zu berücksichtigen. Geht man beim zunehmenden Anteil der älteren Bevölkerung von geringeren Möglichkeiten der Mobilität aus, so muss die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Gemeinde insbesondere in ländlichen Gebieten gegeben sein. Diese Hintergründe der beiden möglichen Richtungen einer weiteren Entwicklung erscheinen als gleichermaßen relevant. Deshalb sollten sie in den zu treffenden Entscheidungen zu einem Kompromiss geführt werden.

Die Einnahmen der Gemeinden sind ebenfalls von der Zahl ihrer Einwohner abhängig. In Ergänzung der eigenen Einnahmekraft werden Finanzmittel für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt. Für die Berechnung dieser Schlüsselzuweisung ist laut Thüringer Finanzausgleichsgesetz § 32 Abs. 1 die Einwohnerzahl vom 31.12. des vorvergangenen Jahres maßgebend. Damit sinken diese Einnahmen bei einem Rückgang der Bevölkerung mit zeitlicher Verzögerung.

Eine langsamere Anpassung an die aktuellen Einwohnerzahlen ist bezüglich der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche kommunale Wahlbeamte auf Zeit festzustellen. Dies erscheint als besonders relevant, weil der größte Teil der Thüringer Gemeinden davon betroffen ist. Demnach erhalten ehrenamtliche Bürgermeister in Gemeinden bis 500 Einwohnern monatlich höchstens 850 DM, von 501 bis 1 000 Einwohnern höchstens 1 700 DM. Mindestens 50 Prozent dieses Betrages stehen den Betroffenen in jedem Fall zu. Bemerkenswert ist nun dazu die Festlegung in § 5 Abs. 4 der Thüringer Verordnung über die

18) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen, Ausgabe 2000. Erfurt 2000. S.42.

19) Bogen-Wosnitza, Claudia: Die kommunale Gebietsreform. In: Gemeinde- und Städtebund Thüringen: Thüringer Kommunalhandbuch 1997. Erfurt 1997.

Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit (ThürAufEVO): „Verringert sich die jeweils maßgebende Einwohnerzahl und kommen Gemeinden oder Landkreise dadurch in eine niedrigere Größenklasse, behalten die im Amt befindlichen kommunalen Wahlbeamten für ihre Person und für die Dauer ihrer Amtszeit die Aufwandsentschädigung in der bisher gezahlten Höhe. Dies gilt auch, wenn der kommunale Wahlbeamte wiedergewählt oder vor oder unmittelbar nach Ablauf seiner Amtszeit in dasselbe Amt berufen wird.“ Entsprechendes legt auch die Thüringer Verordnung über die Dienstaufwandsentschädigung der hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit (ThürDaufwEV) in § 6 Abs. 4 fest.

Hierin zeigt sich, dass die Bevölkerungsabnahme offensichtlich als Problem erkannt wurde. Es sollte aber überprüft werden, ob die damit verbundenen Konsequenzen realisierbar sind, also ob immer kleiner werdende Gemeinden die Zahlungen unabhängig von der aktuellen Einwohnerzahl leisten können. Dies ist auch deshalb zu hinterfragen, weil sich, wie oben dargestellt, die Einnahmen der Gemeinden mit Abnahme der Bevölkerung reduzieren. In der Fortsetzung des Gedankens bedeutet die derzeitige Regelung auch, dass die Kommunalpolitik in einer Gemeinde zwar zur Abnahme ihrer Einwohnerzahl führen kann, aber die dafür Verantwortlichen hätten keine Einbußen hinzunehmen. Hier böte es sich stattdessen an, ein stärkeres ökonomisches Anreizsystem zu schaffen, in dem eine Zunahme der Einwohnerzahl eine deutliche positive Wirkung für die Wahlbeamten mit sich bringt.

Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, stellen sich die aufgezeigten Probleme der kleinen Gemeinden und abnehmenden Bevölkerungszahlen für die Thüringer Gebiete in unterschiedlicher Stärke. Bevölkerungszuwächse werden bis zum Jahr 2020 einzig für die drei Landkreise Gotha (0,5 Prozent), Weimarer Land (6,5 Prozent) und Saale-Holzland-Kreis (3,8 Prozent) erwartet.²⁰⁾ Der Anteil von Gemeinden unter 500 Einwohner an der Gesamtzahl der Gemeinden im Kreis liegt im Weimarer Land zwar mit 59,5 Prozent deutlich über dem Thüringer Durchschnitt von 37,1 Prozent²¹⁾, aber dem steht eine positive Bevölkerungsentwicklung gegenüber. Im Landkreis Gotha ist der Anteil der kleinen Gemeinden mit 17,0 Prozent bereits deutlich geringer. Der Saale-Holzland-Kreis erwartet dagegen ein geringeres Bevölkerungswachstum als das Weimarer Land, aber der Anteil kleiner Gemeinden ist mit 58,3 Prozent fast genau so hoch.

Baldige Probleme können sich für die Kreise Saalfeld-Rudolstadt und Altenburger Land auftun, denn in ihnen liegt der Anteil der Gemeinden unter 500 Einwohnern über 30,0 Prozent, während die Bevölkerung um 16,6 bzw. 17,6 Prozent zurückgehen wird. Hier werden sich die Fragen nach Zusammenschlüssen von Gemeinden oder anderen Lösungswegen zuerst stellen.

Landkreis	Gemeinden insgesamt	Gemeinden unter 500 Einwohnern	Bevölkerungsentwicklung bis 2020
	Anzahl	in Prozent	
Eichsfeld	94	37,2	- 5,1
Nordhausen	37	32,4	- 10,5
Wartburgkreis	66	16,7	- 9,6
Unstrut-Hainich-Kreis	47	33,3	- 10,4
Kyffhäuserkreis	52	30,8	- 11,2
Schmalkalden-Meiningen	77	29,9	- 8,6
Gotha	65	17,0	0,5
Sömmerda	55	25,5	- 3,5
Hildburghausen	43	46,5	- 2,2
Ilm-Kreis	44	18,2	- 3,5
Weimarer Land	79	59,9	6,5
Sonneberg	16	6,3	- 14,1
Saalfeld-Rudolstadt	58	36,2	- 16,6
Saale-Holzland-Kreis	96	58,3	3,8
Saale-Orla-Kreis	78	64,1	- 9,8
Greiz	63	46,0	- 7,7
Altenburger Land	43	32,6	- 17,6
Landkreise	1013	37,6	- 7,3

3.1.5 Wohnen

Im Bestand der Wohneinheiten und seiner Entwicklung steht der Zunahme von Wohneinheiten seit Jahren eine Abnahme der Bevölkerungszahl gegenüber. Die Anzahl der Wohneinheiten in Wohngebäuden stieg von 1 080 793 im Jahr 1995²²⁾ um 41 807 auf 1 122 600 im Jahr 1998²³⁾. Die Bevölkerung reduzierte sich in dem Zeitraum um 40 949 Personen²⁴⁾. Dabei erhöhte sich die Zahl der Leerstände. 1995 standen 65 809 der Wohneinheiten in Wohngebäuden leer, was einem Anteil von 6,1 Prozent entspricht. Im Jahr 1998 waren dies bereits 104 Tsd. bzw. 9,3 Prozent

20) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Entwicklung der Bevölkerung Thüringens von 1998 bis 2020 nach Kreisen – Bevölkerungsvorausberechnung. Erfurt 2000.

21) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 2000. Erfurt 2000.

22) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Gebäude- und Wohnungszählung 1995. Leerstand von Gebäuden und Wohnungen. Erfurt 1998.

23) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Daten zur Wohnsituation in Thüringen, April 1998. Ergebnis des Mikrozensus. Erfurt 1999.

24) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 2000. Erfurt 2000. S.40.

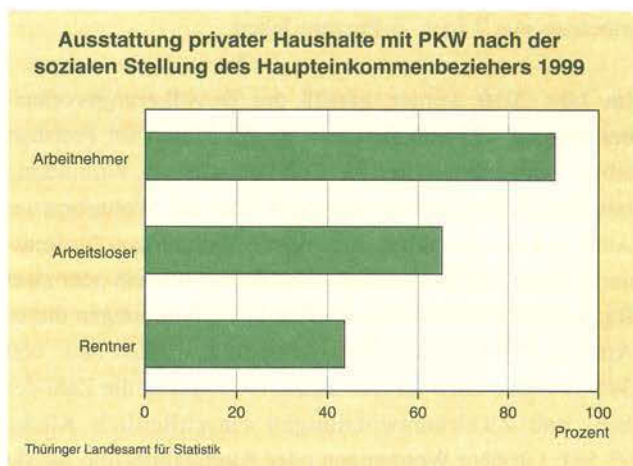
der Wohneinheiten. Die Diskrepanz in dieser Entwicklung von Bevölkerung und Wohneinheiten darf in den nächsten Jahrzehnten nicht vergrößert werden, wenn eine Zunahme der Leerstände vermieden werden soll.

3.2 Steigender Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren

Der steigende Anteil der älteren Bevölkerung wird in der Öffentlichkeit bereits stark diskutiert. Allerdings darf die Debatte nicht auf „das Rentenproblem“ reduziert werden. In einer Vielzahl weiterer Bereiche entstehen neue Anforderungen, für die langfristige Lösungen gefunden werden müssen.

3.2.1 Verkehr und Infrastruktur

1998 betrug der Anteil der Personen ab 65 Jahren 15,7 Prozent der Bevölkerung. Damit ist ihre Beteiligung von 5,5 Prozent an Verunglückten im Straßenverkehr unterproportional.²⁵⁾ Die Ursachen hierfür liegen zum einen im vorsichtigeren Fahrverhalten der Älteren, die Nachtfahrten und Stoßzeiten sowie Tempoüberschreitungen meiden.²⁶⁾ Zum anderen besitzen sie vergleichsweise weniger Pkws als die erwerbstätige Bevölkerung. Während der Ausstattungsgrad mit Pkws in Haushalten mit Rentnern als Haupteinkommensbezieher 43,7 Prozent beträgt, liegt er für Arbeitslose bei 65,2 Prozent und für Arbeitnehmer bei 90,3 Prozent²⁷⁾.



In Verbindung mit dem oben dargestellten Anstieg des Anteils der Rentner in der Bevölkerung ist eine verstärkte Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln zu erwarten. Deshalb wäre zu prüfen, ob die Reduzierung von Bahnverbindungen dem zukünftigen Bedarf gerecht werden kann. Die wachsende Kundengruppe der älteren Reisenden muss

außerdem in der Gestaltung von Bahnhöfen, Informationsmaterialien und Verkaufsautomaten berücksichtigt werden. Der Ein- und Ausstieg aus Zügen, Hinweise in ausschließlich englischer Sprache oder kleiner Schrift und komplizierte Bedienung von Geräten stellen insbesondere für diese Gruppe Probleme dar.

Auf Busse sind vor allem die Einwohner ländlicher Gebiete angewiesen. Auch hier sollten die Fahrzeiten und Frequenzen die Bedürfnisse berücksichtigen. Anders als die zunehmend Pkw-fahrenden Erwerbstätigen benötigen Rentner weniger Verbindungen zwischen 6.00 Uhr und 7.30 Uhr. Für Einkäufe oder Arztbesuche sind Busse am Vormittag erforderlich.

Im Vergleich der Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung zeigt sich, dass Rentempfänger einen größeren Anteil ihrer ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen für öffentliche Verkehrsmittel aufwenden. Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen standen 1998 im Durchschnitt monatlich 5 007,10 DM für Ausgaben zur Verfügung. Davon wurden 865,12 DM bzw. 17,3 Prozent für Verkehr und Nachrichtenübermittlung ausgegeben. In Haushalten von Rentempfängern waren dies 360,93 DM bzw. 12,2 Prozent von 2 964,11 DM.²⁸⁾ Da letztere wie dargestellt weniger Pkws besitzen, geben sie einen höheren Anteil für Bahnen und Busse aus. Aufgrund der hohen und weiter steigenden Fahrpreise müsste überprüft werden, wie stark sich dieser Anteil der Ausgaben erhöht und ob somit die Preisermäßigungen für Rentner ausreichend sind.

Insbesondere für die auf dem Land lebende ältere Bevölkerung machen sich weitere Defizite der Infrastruktur bemerkbar. In vielen Dörfern sind keine Einkaufsmöglichkeiten für Artikel des täglichen Bedarfs vorhanden. Fahrende Verkaufsstellen können ihr Monopol als Anbieter nutzen und überhöhte Preise fordern. Die Fahrten auf die Grüne Wiese mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind häufig mit einem großen Aufwand an Zeit und Kosten verbunden. Außerdem sind dabei die Möglichkeiten zu persönlichen, sozialen Kontakten in geringerem Maße gegeben. Es ist

25) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 1999. Erfurt 1999.

26) ADAC. In: heute. ZDF. 03.08.2000

27) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 1999. Erfurt 1999. S.486f.

28) Ebd. S. 481f.

deshalb zu fragen, ob diese Strukturen bei einem steigenden Anteil der älteren Bevölkerung und zunehmender Lebenserwartung zumutbar sind. In der langfristigen Planung der Versorgung von Bewohnern ländlicher Gebiete müssen die Veränderungen der Altersstruktur Berücksichtigung finden.

3.2.2 Konsum

An den Nachfragewünschen der zunehmend älteren Kundengruppen wird sich das Angebot in Zukunft stärker orientieren müssen. Das ist zum einen aufgrund der Bedürfnisse erforderlich, die sich bei älteren Menschen von denen der jüngeren unterscheiden. Dies lässt sich unter anderem auf physische Ursachen zurückführen. So wird im Lebensmittelbereich die Nachfrage nach leicht verdaulichen, gesunden Erzeugnissen steigen. Ingenieure und Designer von Industriegütern erleben in Simulatoren, wie ihre Produkte mit dem Gehör- und Tastsinn, der Sehkraft und der Bewegungsmöglichkeit von 60-Jährigen genutzt werden können. Dabei wird zunehmend erkannt, dass die Orientierung an modernen Formen einer stärkeren Berücksichtigung der Funktionsfähigkeit weichen muss.

Einen zweiten Faktor in diesem Zusammenhang stellt die Kaufkraft der älteren Bevölkerung dar. In Deutschland haben die über 60-Jährigen ein monatliches Einkommen von 15 Mrd. DM zur Verfügung, mehr als doppelt so viel wie die 14 bis 29-Jährigen. Auch aus diesem Grund ist eine stärkere Berücksichtigung ihrer Konsumwünsche zu erwarten.

Ein Anschluss an diese Entwicklungen auf dem Markt kann durch gezielte Forschungstätigkeit begünstigt werden. Dafür ließen sich in Thüringen bereits bestehende Institutionen nutzen. So bietet die Bauhaus-Universität Weimar in ihrer Fakultät Gestaltung einen Studiengang in Produktdesign an. Eine solche Chance sollte ausgeschöpft werden, um sich frühzeitig auf die zukünftige Nachfragesituation einzustellen. Neben der finanziellen Förderung des Bereiches wäre die Ausschreibung von Wettbewerben eine Möglichkeit, das Interesse von Produktdesignern auf demographische Veränderungen zu lenken.

3.2.3 Wohnen

Die Veränderung der demographischen Strukturen wirkt sich auch einschneidend auf die Wohnsituation aus. Ein Rückgang in der Zahl der Haushalte um 7 600 zeigt sich bereits im Vergleich der Jahre 1997 und 1999²⁹⁾. Gab es 1997 noch 1 083 800 Privathaushalte, so sank ihre Zahl im Laufe der beiden Jahre auf 1 076 200. Dabei fällt die

Tendenz zur strukturellen Änderung der Haushaltsgröße auf. Während sich die Zahl der Mehrpersonenhaushalte um 10 900 verringerte, stieg die der Einpersonenhaushalte um 3 200 an. Dieser Entwicklung sei die Veränderung im Wohnungsbestand gegenübergestellt. Er erhöhte sich von 1998 bis 1999 um 2,2 Prozent, wobei die Zahl der Wohnungen ab 7 Räumen mit 5,9 Prozent überdurchschnittlich stieg. An zweiter Stelle rangiert der Anstieg der 2-Raum-Wohnungen um 3,8 Prozent, gefolgt von den 6-Raum-Wohnungen um 3,6 Prozent und den 1-Raum-Wohnungen um 2,4 Prozent. Die Zahl der Wohnungen mit 3-5 Räumen stieg unterdurchschnittlich.

In der langfristigen Sicht muss sich diese Entwicklung an die Veränderungen der Altersstruktur anpassen. Von den 400 800 ab 65-Jährigen lebten 38,2 Prozent bzw. 153 100 Personen in Einpersonenhaushalten. 90,6 Prozent dieser Altersgruppe lebte in Haushalten mit höchstens 2 Personen.

Hinweise darauf, wie sich ihre Wohnsituation in Zukunft gestalten könnte, geben die Ergebnisse einer Befragung³⁰⁾. In den Wünschen bezüglich der Wohnform im Alter stehen eigene Wohnungen an erster Stelle. 73 Prozent der Befragten würden diese Form bevorzugen. An zweiter Stelle rangieren Wohnungen gemeinsam mit den Kindern (21 Prozent) und Alterssitze im Süden (18 Prozent). In Alterswohngemeinschaften und Altersheimen oder Seniorenstiften möchten nur 7 bzw. 6 Prozent leben.

Im Jahr 2010 werden gemäß der Bevölkerungsvorberechnung 492 900 Personen ab 65 Jahren im Freistaat leben, zehn Jahre später 537 800 Personen. In Verbindung mit den ermittelten Vorstellungen über die Wohnform im Alter und der Annahme, dass eigene Wohnungen für Rentner aufgrund ihrer derzeitigen Haushaltsgröße ein oder zwei Räume umfassen, würden im Jahr 2010 Wohnungen dieser Art von 359 817 Menschen nachgefragt werden bzw. von 395 594 Menschen im Jahr 2020. 1999 betrug die Zahl der Ein- und Zweiraumwohnungen einschließlich Küche 93 531. Größere Wohnungen oder Altenheime sind für sie aufgrund der debattierten Rentenentwicklung auch in Zukunft schwer zu finanzieren. Auch unter Berücksichtigung der Rentnerhepaare, die gemeinsam in einer solchen Wohnung leben würden, ist ein Nachfrageüberhang zu erwarten.

29) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 1998. Erfurt 1998, sowie Ausgabe 2000. Erfurt 2000.

30) Emnid. In: Spiegel special 2/1999: Generationen im Konflikt. Jung gegen Alt. Hamburg 1999. S.59. Mehrfachnennungen waren möglich.

Die Dringlichkeit einer Umstrukturierung ist nach Kreisen zu differenzieren. Denn wie die Tabelle zeigt, entwickelt sich die Zunahme der Anzahl der 65-Jährigen und älteren und somit das Nachfrageverhalten auf dem Wohnungsmarkt unterschiedlich.

Kreisfreie Stadt	Zunahme der ab 65-Jährigen bis 2020	Anteil der 1-Raum-Wohnungen an den Wohnungen insgesamt	Anteil der 2-Raum-Wohnungen an den Wohnungen insgesamt
		in Prozent	
Erfurt	39,5	4,5	12,7
Gera	26,1	2,7	11,4
Jena	14,9	4,1	9,7
Suhl	64,2	2,8	6,1
Weimar	30,3	4,8	10,2
Eisenach	24,1	1,7	6,4
Kreisfreie Städte	37,6	3,7	10,6

Für die kreisfreien Städte, die davon am stärksten betroffen sind, lassen sich in der obigen Tabelle Differenzen erkennen. Insgesamt nimmt die genannte Personengruppe in ihnen um 37,6 Prozent zu.³¹⁾ Dabei liegen Gera, Jena, Weimar und Eisenach unter dem Durchschnitt, während der Wert für Suhl deutlich höher ist. Der Anteil der Wohnungen mit 1 oder 2 Räumen am Wohnungsbestand der sechs Städte beträgt 14,3 Prozent.³²⁾ In Erfurt liegt er mit 17,2 Prozent bereits vergleichsweise hoch. Dagegen sollte auf die erwartete Situation in Suhl eine baldige Einstellung erfolgen. Auch wenn dort die Zunahme älterer Personen besonders durch Zuzüge aufgrund preiswerter Altersheimplätze hervorgerufen wird, erscheint der Anteil der Wohnungen mit 1 oder 2 Räumen von lediglich 8,9 Prozent eher gering.

In Verbindung mit dem oben aufgezeigten Problem der Leerstände stellt sich die Frage, ob große Wohnungen zu kleineren umgebaut werden können. Angesichts des zunehmenden Bestands nicht genutzter Wohnungen scheint dies erstrebenswerter als den Bedarf an 1- bis 2-Raum-Wohnungen durch Neubauten zu decken. Im Falle der Umbaumaßnahmen sollte auf eine seniorengerechte Gestaltung geachtet werden. Dabei wäre auch zu bedenken, dass der Anteil der Wohnungen für Ältere in einem Wohngebiet nicht zu hoch liegt, um die soziale Integration dieser Generation in die übrige Gesellschaft zu fördern.

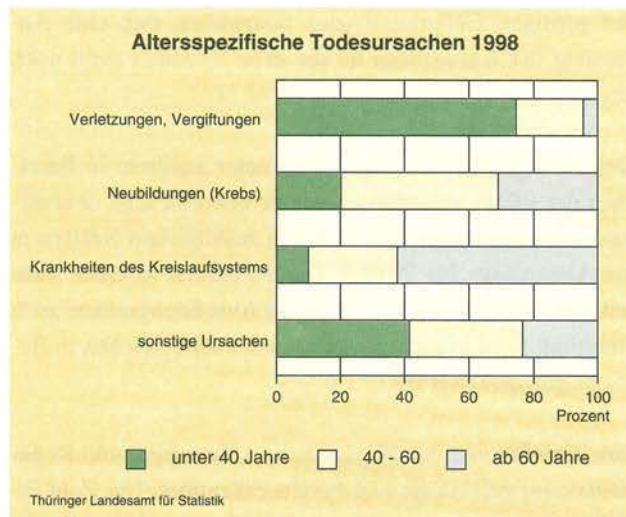
Auch ohne sofortige bauliche Veränderungen ist bereits ein Handlungspotential gegeben. Dies demonstriert zum Beispiel das Amt für Wohnungswesen der Stadt Hagen. Es

vermittelt älteren Menschen und jungen Familien den Tausch ihrer Wohnungen. So erhalten erstere kleinere Wohnungen, während die Jüngeren in größere ziehen können. Im Zeitraum von 1994 bis 1999 wurden auf diese Weise 500 Umzüge durchgeführt. Es wäre zu untersuchen, in welchen Gemeinden Thüringens der Bedarf nach ähnlichen Projekten besteht.

3.2.4 Gesundheit

Mit einem Anstieg der Lebenserwartung und der Personen im Rentenalter wird sich an verschiedenen Stellen der Bedarf an medizinischer Versorgung erhöhen. Wie Statistiken zeigen, steigt der Anteil ambulanter Pflegefälle an den Zugehörigen der Altersgruppen ab dem Alter von 65 Jahren progressiv an.³³⁾ Im Jahre 2020 würden sich 7,1 Prozent 70 bis unter 75-Jährige mehr in ambulanter Pflege befinden als noch 1998. Bei den 75 bis unter 80-Jährigen steigt die Zahl um 12 874 Personen bzw. 18,9 Prozent.

Mit der demographischen Entwicklung ist eine Änderung in der Häufigkeit von Krankheitsarten und Todesursachen verbunden. Ältere Menschen sind von anderen Krankheiten betroffen als jüngere. Auf deutliche altersspezifische Unterschiede weist auch das folgende Diagramm hin.



Während Personen unter 40 Jahren am häufigsten an Verletzungen, Vergiftungen und anderen Folgen äußerer Ursachen sterben, sind bei den 40 bis unter 60-Jährigen Neu-

31) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Entwicklung der Bevölkerung Thüringens von 1998 bis 2020 nach Kreisen – Bevölkerungsvorausberechnung. Erfurt 2000.

32) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 2000. Erfurt 2000.

33) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Modellrechnung bis 2050. In: DIW Wochenbericht 42/99. Berlin 1999. S.745-757.

bildungen die Hauptursache. Ab 60 Jahren sind Todesfälle überwiegend auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen. Diese stellten bei Personen ab 80 Jahren in 7 532 von 10 910 Todesfällen die Ursache dar.³⁴⁾

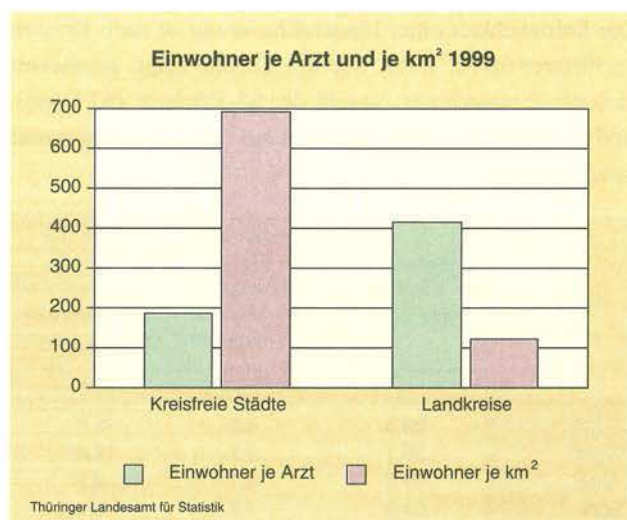
Auf diese veränderten Anforderungen muss sowohl bei der Spezialisierung der Mediziner als auch in der Bedarfsplanung von Pflegepersonal, Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen Rücksicht genommen werden. So sollte sich zum Beispiel bereits das Lehrangebot der einzelnen Fachbereiche während des Medizinstudiums an den erwarteten strukturellen Änderungen orientieren.

Die Zahl der Krankenhäuser in Thüringen reduzierte sich von 63 im Jahr 1994 um 7 bis 1998. In diesem Zeitraum sank die Zahl der aufgestellten Betten von 19 282 auf 18 404. Im Nutzungsgrad der Betten insgesamt gab es hingegen wenig Veränderungen, denn der Zunahme von Patientenaufnahmen steht eine sinkende Verweildauer gegenüber. Dabei ist jedoch zu bemerken, dass es zwei Fachabteilungen gibt, die deutlich unter dem Durchschnitt des Nutzungsgrads von 78,9 Prozent im Jahre 1998 liegen. Dies sind zum einen die Kinderheilkunde mit 61,7 Prozent und zum anderen die Frauenheilkunde und Geburtshilfe mit 65,9 Prozent. An diesen Stellen machen sich die Auswirkungen des geringen Geburtenniveaus bemerkbar, und eine Anpassung der Kapazitäten an die neue Situation steht noch bevor.

Gegenteilige Entwicklungen sind unter anderem in Bereichen der Pflege erforderlich. Heute erwartet man deutschlandweit einen Bedarf an 114 Tsd. zusätzlichen Kräften in der Altenpflege bis 2010.³⁵⁾ Dafür könnten in einer frühzeitigen Planung neben der Zahl der Ausbildungsplätze auch Umschulungen in nicht ausgelasteten Fachbereichen in Betracht gezogen werden.

Eine Erweiterung der Kapazitäten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen ist bereits erkennbar. Die Zahl ihrer Betten stieg seit 1994 von 4 476 auf 6 818 im Jahr 1998. Es stellt sich die Frage, ob diese rasche Entwicklung und Anpassung an die veränderte Nachfragesituation auf die Art ihrer Träger zurückzuführen ist. Die Einrichtungen befinden sich im Gegensatz zu den meisten Krankenhäusern in privater oder freigemeinnütziger Trägerschaft.

Auf eine problematische Struktur weist das folgende Diagramm hin. Es zeigt zunächst deutliche Unterschiede in der räumlichen Verteilung der Ärzte.



In Thüringen gab es 1999 je Arzt 322 Einwohner.³⁶⁾ Diese Zahl ist in den kreisfreien Städten mit 186 Einwohnern je Arzt geringer. Davon unterscheidet sich wesentlich die ärztliche Versorgung in einigen Landkreisen. Dort liegt zum einen die Zahl bedeutend höher, besonders im Saale-Orla-Kreis mit 511, in Greiz mit 535 und in Sömmerda mit 660 Einwohnern je Arzt. In diesem Zusammenhang muss außerdem berücksichtigt werden, dass die Bevölkerungsdichte der genannten Kreise lediglich 87, 148 und 102 Einwohner je km² beträgt, gegenüber den kreisfreien Städten mit 692. Damit kommt zu dieser Verteilung zum anderen die größere Entfernung zu den Ärzten. Diese Struktur kann für die zahlenmäßig zunehmende ältere Bevölkerung problematisch werden. Denn ihre Mobilität ist geringer, während sich der Bedarf an medizinischer Versorgung mit steigendem Alter erhöht.

Aufgrund dieser Struktur ist zu fragen, in wieweit die starke Konzentration medizinischer Versorgung in neuen Krankenhauskomplexen dem Bedarf der potentiellen Nutzer gerecht wird. Die Tendenz zu immer größeren Einzugsgebieten muss zumindest von einer Verbesserung der ländlichen Verkehrsnetze begleitet werden. Darüber hinaus wäre zu überlegen, ob Fachärzte speziell für häufig auftretende Alterskrankheiten stärker in dezentralen Ärztehäusern vertreten sein können.

34) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch, Ausgabe 1999. Erfurt 1999.

35) Spiegel special 2/1999: Generationen im Konflikt. Jung gegen Alt. Hamburg 1999.

36) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch, Ausgabe 2000. Erfurt 2000. S.398.

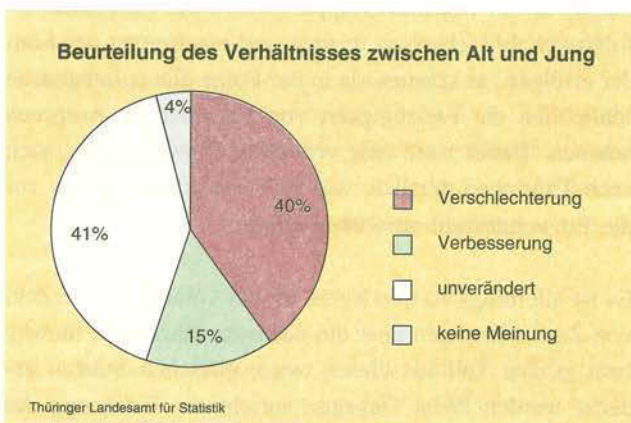
Der mit diesen Entwicklungen verbundene Problembereich ist die Finanzierung der Leistungen und Investitionen. Sie wird letztlich über die Realisierung von Maßnahmen entscheiden. Angesichts der steigenden Kosten von Behandlungen und dem zunehmenden Bedarf daran ist es notwendig, neue Finanzierungskonzepte auf der Grundlage der demographischen Entwicklung zu erstellen.

3.2.5 Soziale Integration

In der Integration der nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung in das gesellschaftliche Leben liegt ein hoher Handlungsbedarf. Mit dem Anstieg der Lebenserwartung erhöht sich die Anzahl der Jahre, in denen das Leben auf eine andere Weise ausgefüllt werden muss als zur Zeit des Berufsalltags. Um auch in diesem Lebensabschnitt eine erfolgreiche Existenz zu ermöglichen, müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Zum einen bleiben Veranstaltungsangebote für Senioren weiterhin wichtig. Dabei ist im Zusammenhang mit der Infrastruktur zu beachten, dass eine Teilnahme daran für die ländliche Bevölkerung möglich ist.

Zum anderen ist aber die Begegnung mit den jüngeren Generationen erforderlich. Wie eine Umfrage zeigt, hat sich das Verhältnis zwischen beiden nach Meinung von 40 Prozent der Befragten verschlechtert.³⁷⁾



Besonders die schwindende Wertschätzung gegenüber älteren Menschen lässt sich als strukturelle Folge der gesellschaftlichen Entwicklung verstehen. Grundete sich das Ansehen der Alten oft auf ihr Wissen und ihre Erfahrung, so ist diese Basis heute von geringerer Bedeutung. Der Zugang zu Erkenntnissen hängt nicht mehr von einzelnen Personen ab, sondern er ist durch Bücher und andere Medien für jeden möglich. Außerdem nimmt die Aktualität von

Wissen eine immer kürzere Zeit ein, so dass die Bedeutung langjähriger Erfahrungen in verschiedenen Bereichen zurücktritt. Unter dem Einfluss weiterer Faktoren entstand somit ein Vakuum, das eine ablehnende Haltung gegenüber älteren Menschen entstehen ließ. Die Kehrseite der dynamischen Entwicklung zeigt sich darin, dass Ältere Probleme in der Akzeptanz Jugendlicher sehen. Generationenkonflikte sind zwar ein Jahrtausende altes Phänomen, aber der Umgang mit ihnen scheint in unserer Gesellschaft nicht erfolgreich zu sein. Dies spiegelt sich zum Beispiel darin wider, dass Vereinigungen wie „Handeln statt Misshandeln - Initiative gegen Gewalt im Alter“ benötigt werden.

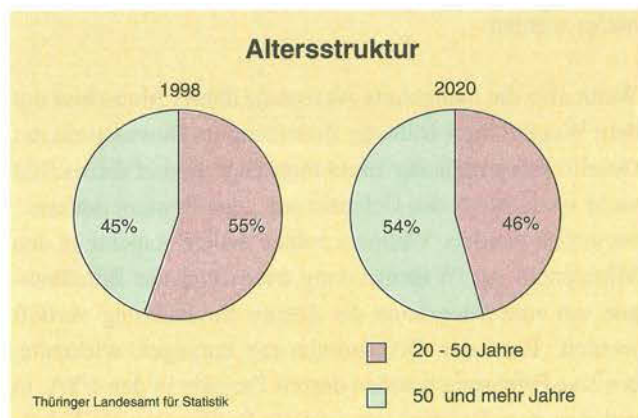
Wenn also die mangelnde Akzeptanz älterer Menschen mit dem Wegfall ihrer früheren Bedeutung im Bewusstsein der Gesellschaftsmitglieder zusammenhängt, so darf dieses Bild nicht noch durch die Debattierung „des Rentenproblems“ verschärft werden. Vielmehr sollten andere Aspekte in den Mittelpunkt der Wahrnehmung treten und die Bemühungen um eine Integration der älteren Bevölkerung vertieft werden. Eine der Diskriminierung entgegen wirkende, positive Erfahrung machen derzeit Projekte in den USA, in welchen zum Beispiel pensionierte Professoren als Schulfeldhelfer Dienst tun. In Deutschland diskutieren Sozialwissenschaftler die Einführung eines Freiwilligen Sozialen Jahres für Rentner. Maßnahmen wie diese könnten sowohl den Älteren selbst nutzen, indem sie eine neue Aufgabe finden als auch ihre Wertschätzung durch die Jüngeren fördern. Wichtig ist bei solchen Überlegungen, dass die Begegnung zwischen den Generationen gefördert wird. Zwar können Rentner auch innerhalb ihrer Altersgruppe wichtige Tätigkeiten übernehmen, aber hier steht nicht die Arbeit selbst im Mittelpunkt sondern die mit ihr verknüpften sozialen Aspekte.

3.2.6 Politika

Bezüglich der Entscheidungen, die die Politik in diesen Fragen zu treffen hat, stellt sich in Zukunft weniger das Problem, wie die Interessen der Älteren wirksam vertreten werden können. Vielmehr werden sie aufgrund der Vergrößerung ihrer Gruppe selbst einen stärkeren Einfluss erlangen.

37) Emnid. In: Spiegel special 2/1999: Generationen im Konflikt. Jung gegen Alt. Hamburg 1999.

In den USA gibt es bereits eine bedeutende Vereinigung von Senioren: Die American Association of Retired Persons (AARP) stellt mit 32,7 Millionen Mitgliedern die größte Interessenorganisation ihres Landes dar, was von der Politik entsprechend berücksichtigt wird.³⁸⁾ Auch wenn sich amerikanische Verhältnisse nicht unmittelbar auf Thüringen übertragen lassen, gibt doch die Alterstruktur für 2020 Hinweise auf die Interessenlage potentieller Wähler. Von den in jenem Jahr 1 838 700 Personen ab 20 Jahren werden 769 900 jünger als 50 Jahre sein und somit 1 068 800 bereits 50 Jahre und älter.³⁹⁾



3.3 Wanderungen

3.3.1 Entwicklung der Binnenwanderungen

Wie die Vorausberechnung annimmt, wird der Verlust von Bevölkerung an andere Bundesländer in den nächsten Jahren anhalten. Die damit verbundene Abwanderung von Humankapital sollte im Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden. Die Steuerschätzungen mussten bereits nach dem noch geltenden Steuerrecht nach unten revidiert werden⁴⁰⁾, und es bleibt zu beobachten, ob die tatsächliche Entwicklung der Bevölkerungszahl weitere Korrekturen erforderlich macht.

Ein ausgeglichener Saldo der Binnenwanderungen wird ab 2016 erwartet.⁴¹⁾ Dass diese Prognose eintrifft, ist von der Entwicklung der Arbeits- und Lebensverhältnisse abhängig. Solange das Angebot an Arbeitsplätzen und Einkünften Differenzen zugunsten der alten Bundesländer aufweist, wirken sie als Pullfaktoren auf die arbeitslosen oder unter ihrer Qualifikation beschäftigten Einwohner der neuen Bundesländer. Dies führt zu gegenteiligen Auswirkungen auf beiden Seiten. Es reduziert sich nicht nur die Einwohnerzahl Thüringens, sondern es wandern dadurch zugleich in anderen Bundesländern zumeist junge Menschen zu, die dort durch Familiengründungen die Bevölkerungsentwicklung nochmals positiv beeinflussen.

Im Binnenwanderungsverhalten besitzt der Arbeitsplatz eine größere Wirkung als das Einkommen. Dies zeigt sich daran, dass Erwerbstätige auch bei geringerem Verdienst bereit wären, in die neuen Länder zurückzukehren, vorausgesetzt sie fänden hier eine ihrer Qualifikation gemäße Arbeit.⁴²⁾ Jenen jungen Menschen in Thüringen eine Beschäftigung zu ermöglichen, ist auch im Hinblick auf das zukünftige Innovationspotential von Bedeutung. Es sollte nicht auf die Chancen verzichtet werden, die qualifizierte junge Arbeitskräfte für ihre Fachbereiche darstellen.

3.3.2 Mittel- und langfristige Tendenzen der Außenwanderungen

Neben einer sinkenden Zahl von Aussiedlern, die nach Thüringen einwandern, wird ab 2002 eine konstante Zahl von 2 500 Ausländern oder in der zweiten Variante von 5 Tsd. ab dem Jahre 2008 erwartet.⁴³⁾ Hier stellt sich die Frage, woher die Einwanderer im Lauf der nächsten Jahrzehnte kommen können.

1998 waren 1 342 Zuzüge aus EU-Staaten zu verzeichnen und 3 890 aus dem übrigen Europa. Von letzteren kamen 500 Personen aus Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn sowie 209 aus Bulgarien, Litauen und Rumänien. Die ersten vier Länder gehören zur Luxemburg-Gruppe, die seit 1998 über den Beitritt zur EU verhandelt. Letztere drei führen seit diesem Jahr Verhandlungen in der Helsinki-Gruppe. Sollten die Gespräche erfolgreich abgeschlossen werden und ein Beitritt der Länder erfolgen, so könnten sie in der Folge dieser Integration schließlich die Freizügigkeit von Personen in Anspruch nehmen. Damit wäre eine verstärkte Einwanderung auch nach Thüringen möglich, was sich wie erhofft positiv auf die Einwohnerzahl auswirken würde.

Es ist allerdings zu überlegen, ob die vorausgesetzte Zahl von Zuwanderungen über die nächsten Jahrzehnte hinweg zum großen Teil aus diesen osteuropäischen Staaten gedeckt werden kann. Dagegen spricht die Erfahrung der

38) Waldherr, Gerhard: Dann sagen wir, daß wir dagegen sind. In: Spiegel special 2/1999: Generationen im Konflikt. Jung gegen Alt. Hamburg 1999.
 39) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Entwicklung der Bevölkerung Thüringens von 1998 bis 2050 – Ergebnis der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Erfurt 2000. S.13ff.
 40) Frankfurter Allgemeine Zeitung. 01.08.2000
 41) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Entwicklung der Bevölkerung Thüringens von 1998 bis 2050 – Ergebnis der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Erfurt 2000.
 42) Frankfurter Allgemeine Zeitung. 01.08.2000
 43) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht. Entwicklung der Bevölkerung Thüringens von 1998 bis 2050 – Ergebnis der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Erfurt 2000.

westeuropäischen Länder. In den 1950er Jahren stellte Italien und in den 1960er Jahren Spanien das bedeutendste innereuropäische Herkunftsland von Einwanderern dar. Mit der raschen Verringerung der Lohndifferenzen zwischen den Ländern verschwand jedoch dieser Pullfaktor, und die Wanderungen nahmen wieder stark ab. Wenn eine solche Entwicklung auch bezüglich Osteuropa zu erwarten wäre, so stellt dies keine dauerhafte Perspektive zur Minderung des Bevölkerungsrückgangs dar.

Es bleibt folglich die Untersuchung außereuropäischer Herkunftsländer. Von Bedeutung sind hier 1 989 Einwanderer aus asiatischen Staaten bzw. 24,1 Prozent der 8 240 Zuzüge aus dem Ausland sowie afrikanische Staaten mit 651 Personen bzw. 7,9 Prozent.⁴⁴⁾ Da für diese Staaten starke Zuwächse der Bevölkerungszahlen erwartet werden, wäre in der Theorie ein Ausgleich der ungleichen Entwicklung sinnvoll. In der Praxis würde sich ein solches Vorhaben allerdings sehr problematisch gestalten. Die Gründe für diese Annahme liegen zum einen in der stärkeren Wahrnehmung von Fremdheit gegenüber Afrikanern oder Asiaten als dies beim äußerlichen Erscheinungsbild von Osteuropäern der Fall ist. Wie sehr Aktionen für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit das Bewusstsein der Bevölkerung beeinflussen können, bleibt abzuwarten. Zum anderen ist das Bildungsniveau der Einwanderer aus jenen Ländern im Durchschnitt geringer, und somit ist eine Tätigkeit in den überwiegend humankapitalintensiven Berufen schwer zu realisieren.

Des Weiteren wären die hohen Geburtenraten von Einwanderern positiv für die Bevölkerungsentwicklung. Aber die Anzahl der Kinder passt sich bereits in der ersten Generation an die Verhältnisse in Deutschland an.⁴⁵⁾ Um die berechnete Bevölkerungszahl nicht zu unterschreiten, müsste deshalb jährlich die vorausgesetzte Zahl der Einwanderer erreicht werden.

4. Ansätze zur Beeinflussung der Entwicklung

Wie dargestellt wären mit dem Eintreten der Prognose der Bevölkerungsentwicklung gravierende Probleme verbunden. Das Ausmaß der erforderlichen strukturellen Änderungen lässt sich schwer einschätzen. Es muss deshalb untersucht werden, an welchen Stellen die Entwicklung (noch) beeinflusst werden kann. Dazu ist es erforderlich, zunächst die Ursachen insbesondere des Geburtenrückgangs zu analysieren.

4.1 Ursachen des Geburtenrückgangs

4.1.1 Funktionsverlust der Familie

Der Bedeutungsverlust der Familie ist kein neues Phänomen der vergangenen Jahrzehnte. Vor Jahrhunderten begann sie, ihre Funktionen als Wirtschaftseinheit, als Erziehungs- und Bildungsstätte, als sozialer Verband zu verlieren. Ihre Aufgaben wurden von gesellschaftlichen Institutionen übernommen. Ohne diese Prozesse der Differenzierung und Spezialisierung wäre die heutige Gesellschaft nicht entstanden. Das Problem, dem wir nun gegenüberstehen, liegt darin, dass sich die Entwicklung mit einer eigenen Dynamik fortsetzt. Längst stellt die Familie nicht mehr die verbindliche Lebensform dar, und sie droht jetzt, ihre letzte Funktion zu verlieren: die Reproduktion der Gesellschaft.

Die strukturelle Folge eines solchen Prozesses wäre, dass die Gesellschaft auch diese Funktion übernimmt. Eine Bestandsanalyse der Reproduktionstechnologie zeigt, wie nah die Forschung dem Ziel des künstlich gezeugten und geborenen Menschen bereits gekommen ist. Mit Leihmutterchaften, Samenbanken, dem Einfrieren von Eizellen sowie medizinischen, psychologischen und juristischen Experten vergesellschaftet dieser ehemals private Bereich rapide. Die Reproduktion ist in abnehmendem Maße an die Existenz von Lebensgemeinschaften oder gar Familien gebunden. Würde sich dieser Prozess fortsetzen, wäre die Gesellschaft schließlich auch für ihre Bestandserhaltung vom einzelnen Menschen unabhängig. Sie könnte die Geburtenzahl in dem Maße beeinflussen, wie sie heute statt der Familie über Bildung, Wirtschaft und soziale Absicherungen entscheidet.

Hiermit soll unter keinen Umständen für eine solche Entwicklung plädiert werden. Es soll lediglich darauf hingewiesen werden, welcher Tendenz die Familie seit langer Zeit unterliegt, und wie sich dies in Verbindung mit der derzeitigen und zukünftigen Technologie fortsetzen könnte.

Damit stehen wir in der problematischen Situation, gravierend in die Entwicklung eingreifen zu müssen, das heißt eine Richtung einzuschlagen, die diese Tendenz stoppt und ihr sogar entgegen läuft.

44) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 1999. Erfurt 1999.

45) Birg, Herwig: 188 Millionen Einwanderer zum Ausgleich? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 12.04.2000.

4.1.2 Bedeutungswandel von Kindern

Mit diesen Veränderungen der Gesellschaft und der Familie kam auch den Kindern eine andere Bedeutung zu. In einer landwirtschaftlichen Gesellschaft waren sie in zweierlei Hinsicht von Nutzen. Zum einen stellte die Mithilfe der Kinder im Familienbetrieb eine Basis der Subsistenz dar. Ihre Arbeitskraft wurde von der Familie existentiell benötigt. Zum anderen sicherten die Nachkommen die Versorgung der Eltern im Alter. Auch aus diesem Grund war es notwendig, Kinder zur Welt zu bringen.

Mit dem Rückgang von Landwirtschaft und Familienbetrieben entfiel der erste Nutzen. Nach den Strukturänderungen im primären Wirtschaftssektor ist heute auch in landwirtschaftlichen Gebieten keine höhere Geburtenrate vorhanden als in anderen Regionen. Die Zahl der Geburten je 1 Tsd. Einwohner korreliert in Thüringen sogar negativ mit dem Anteil von Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei an den Wirtschaftsbereichen eines Kreises⁴⁶⁾. Je größer also dieser Anteil ist, desto geringer ist das Geburtenniveau. Die Einführung einer staatlichen Alterssicherung machte den zweiten Aspekt unwirksam. Sie entband den einzelnen von der Notwendigkeit der Reproduktion, was im Konflikt mit dem Bedarf der Gesellschaft als Ganzes steht: sie benötigt eine ausreichende Zahl von Geburten zur Sicherung eben dieses Systems.

Kinder wurden zu einem Kollektivgut im Sinne der ökonomischen Theorie, deren Aufziehen zwar allen nützt, aber den einzelnen belastet.⁴⁷⁾ Sie verloren mit dieser Entwicklung nicht nur ihren Nutzen, sondern verursachen zunehmende Kosten für die Eltern. Hierbei sei erst einmal an die direkt anfallenden Kosten für Erziehung und Ausbildung gedacht. Im Vergleich zu anderen Ländern wie zum Beispiel Großbritannien und den USA sind die Zeiten hierfür in Deutschland länger, wobei dies in Thüringen mit dem Abitur nach 12 Jahren bereits günstiger gestaltet ist.

Darüber hinaus sind die Opportunitätskosten der Frau zu berücksichtigen, die in der Zeit der Kindererziehung auf Einkommen verzichtet. In diesem Ansatz würden Frauen mit höherem Einkommen eher auf Kinder verzichten, weil sie höhere Opportunitätskosten tragen als Frauen mit geringerem Einkommen.

4.1.3 Ökonomische Situation

Damit werden Fragen bezüglich der Einstellung von Frauen zur Geburt von Kindern aufgeworfen. Entspricht die derzeitige Reproduktionsrate von 1,1 Kindern pro Frau ihren eigenen Vorstellungen? Ist somit eine Erhöhung über die

westdeutsche Rate von 1,4 Kindern hinaus auszuschließen?

Eine direkte Übertragung des Gebärverhaltens der alten Bundesländer auf die ostdeutsche Situation erscheint im Lichte einer qualitativen Untersuchung in Brandenburg nicht zwangsläufig erfolgen zu müssen.⁴⁸⁾ Es wurde ermittelt, dass die geringe Geburtenrate nach der Wende nicht auf veränderte Vorstellungen über Kinder zurückzuführen ist: „Der Kinderwunsch als Ausdruck des Bedürfnisses nach Kindern orientiert nach wie vor auf zwei Kinder, auch bei Arbeitslosen und bei denen mit unsicherer Weiterbeschäftigung. Der Rückgang der Geburten innerhalb der letzten drei Jahre resultiert somit nicht aus einem rückläufigen Kinderwunsch, sondern er geht vielmehr zulasten veränderter Optionen bei der Entscheidung über die Geburt eines Kindes.“⁴⁹⁾ Die reale Lebenssituation mit drohender Arbeitslosigkeit und unsicheren sozialen Verhältnissen steht also einer Verwirklichung des Kinderwunsches entgegen.

Für Thüringen lässt sich dieser Zusammenhang bestätigen. Die nach Kreisen aufgeschlüsselte Arbeitslosenquote von 1997 korreliert negativ mit den Geburten pro 1 Tsd. Einwohner der Gebiete im Jahre 1998.⁵⁰⁾ Ein Korrelationskoeffizient von -0,24⁵¹⁾ drückt aus, dass das Geburtenniveau tendenziell desto geringer ausfiel, je höher die Arbeitslosenquote lag.

4.1.4 Bedeutungsverlust der Religionen

Ein positiver Zusammenhang hingegen besteht zwischen der Zahl der Eheschließungen je 1 Tsd. Einwohner und der Geburtenzahl: $r_{xy} = 0,31$ ⁵²⁾. Auch hier besteht eine Übereinstimmung zur Brandenburger Studie, die eine feste Partnerschaft bei 82,1 Prozent der Befragten als Bedingung für die Anschaffung eines Kindes ermittelte.⁵³⁾

46) Der Bravais-Pearson-Korrelationskoeffizient beträgt für die genannten Variablen - 0,32.

47) Kaufmann, Franz-Xaver: Die Familie als Lastesel der Nation. Strukturelle Rücksichtslosigkeit in unserem Gesellschaftssystem. In: Eichholz Brief. Zeitschrift zur politischen Bildung. Sachsenheim 1995. S. 26-32.

48) Privatinstitut für angewandte Demographie GmbH Berlin (Hg): Analyse des Geburtenrückgangs seit 1989 im Land Brandenburg. Berlin 1993.

49) Ebd. S.37.

50) Daten aus: Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 1999. Erfurt 1999.

51) Für den Bravais-Pearson-Korrelationskoeffizienten r_{xy} gilt: $-1 = < r_{xy} = < +1$. Zwei Variablen x und y heißen unkorreliert, wenn $r_{xy} = 0$; sie heißen positiv korreliert, wenn $r_{xy} > 0$ und negativ korreliert, wenn $r_{xy} < 0$.

52) Für diese Korrelation wurde eine Extremwertbereinigung vorgenommen. Die Zahl der Eheschließungen pro 1 000 Einwohner liegt in der Stadt Eisenach mit 6,7 fast doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt ohne Eisenach von 3,4. Dies könnte auf den Eheschließungen von Nicht-Einwohnern auf der Wartburg beruhen.

53) Privatinstitut für angewandte Demographie GmbH Berlin (Hg): Analyse des Geburtenrückgangs seit 1989 im Land Brandenburg. Berlin 1993. S.51.

Wird die Zahl der Eheschließungen genauer analysiert, so zeigt sich hierbei ein nicht zu vernachlässigender Einfluss der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Der Anteil der Katholiken an der Thüringer Bevölkerung beträgt 8,6 Prozent. Der Anteil der Eheschließungen, bei denen mindestens ein Partner zu dieser Kirche gehört, liegt um die Hälfte höher und beträgt 13,0 Prozent der gesamten Eheschließungen. Mitglieder der evangelischen Landeskirchen und Freikirchen sind um 11,5 Prozentpunkte mehr an Eheschließungen beteiligt als ihr Bevölkerungsanteil beträgt.⁵⁴⁾ Somit übt Religion einen positiven Einfluss auf die Familienbildung aus. In diesem Zusammenhang sei auf das deutlich katholisch geprägte Eichsfeld als Beispiel verwiesen, wo 7,8 Kinder je 1 Tsd. Einwohner geboren werden. Ein höherer Wert wird in Thüringen nicht erreicht.

Mit einem abnehmenden Einfluss religiöser Institutionen lässt jedoch ihre Wirkung auf die Familienbildung nach. Die Mitgliederzahl der evangelischen und der katholischen Kirche reduzierte sich in den vergangenen Jahren ständig:



Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Thüringen verlor von 1991 bis 1998 mit 151 327 Personen nahezu ein Viertel ihrer Mitglieder. Der Rückgang der katholischen Kirche im Bistum Erfurt betrug im gleichen Zeitraum 16,7 Prozent. Neben dem Tod älterer Mitglieder lässt sich der Schwund auf eine große Zahl von Austritten zurückführen.⁵⁵⁾

Die Auseinandersetzung mit den Ursachen des Geburtenrückgangs zeigt somit, dass ökonomische Gründe zu einer Entscheidung gegen die Realisierung des Kinderwunsches beitragen. Verwirklicht wird er hingegen eher, wenn Wert-

vorstellungen wie zum Beispiel die der Religion das Leben stärker beeinflussen. Diese Aspekte, sowohl die materiellen Hinderungsgründe als auch die ideellen Begünstigungsgründe der Geburten, sollten in einer Diskussion eines höheren Geburtenniveaus bedacht werden.

4.2 Maßnahmen zur Beeinflussung der Ursachen

Es müsste in einer qualitativen Erhebung untersucht werden, in wieweit die in Brandenburg ermittelte Situation zu Beginn der 1990er Jahre auf das heutige Thüringen zutrifft. Gäbe es dabei tendenziell ähnliche Ergebnisse, so befände sich der Freistaat insofern in einer positiven Lage, als dass der Wunsch nach zwei Kindern noch nicht verloren ging. Es müssen "lediglich" Bedingungen geschaffen werden, die es den Menschen ermöglichen, ihre Vorstellungen umzusetzen. Eine solche Politik würde demnach der Bevölkerung nicht andere Werte für ihre private Lebensweise aufdrängen, sondern sie könnte dabei eine Unterstützung bieten.

4.2.1 Vereinbarkeit von Kindern und Erwerbstätigkeit

Wenn auch das Aufziehen von Kindern in Zukunft keine Privilegien gegenüber kinderlosen Personen mit sich bringen wird, so müssen doch die daraus resultierenden Nachteile so weit wie möglich ausgeglichen werden. Wie oben bereits analysiert, steht die Geburtenzahl je 1 Tsd. Einwohner in einem negativen Zusammenhang mit der Arbeitslosenquote. Wenn eine Erwerbstätigkeit für Frauen durch die Geburt von Kindern gefährdet wird, so kann dies zulasten der Geburtenzahl wirken. Wie die in Brandenburg durchgeführte Studie zeigt, meinen dort lediglich 2,0 Prozent der weiblichen Befragten, dass Frauen überhaupt nicht erwerbstätig sein sollten.⁵⁶⁾ Dieser Einstellung kommt somit eine zentrale Bedeutung im Zusammenhang mit der Geburtenrate zu.

Um ihnen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, müssen flexiblere Formen für die berufliche Tätigkeit gefördert werden. Dabei sollten Möglichkeiten für Teilzeitarbeitungen ausgeweitet werden. Zu untersuchen wäre auch, inwieweit Telearbeitsplätze die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern können. Zeigen sie einen positiven Einfluss, so sollten die neuen Möglichkeiten zügig eingeführt werden.

54) Daten aus: Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 1999. Erfurt 1999.

55) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 1999. Erfurt 1999, sowie Ausgabe 2000. Erfurt 2000.

56) Privatinstitut für angewandte Demographie GmbH Berlin (Hg): Analyse des Geburtenrückgangs seit 1989 im Land Brandenburg. Berlin 1993.

Während der Arbeitszeit der Mütter muss eine finanziell und organisatorisch unproblematische Betreuung für die Kinder gegeben sein. Es besteht hierbei die negative Wechselwirkung, dass Kindergärten und Krippen aufgrund des Kindermangels schließen und sich dabei die Infrastruktur für Eltern zunehmend verschlechtert. Dies kann wiederum die Entscheidung gegen eigene Kinder bestärken. Neue Lösungswege ließen sich hier durch die Einbeziehung der älteren Generation finden. Unter den Rentnern gibt es häufig Personen, die gern Aufgaben in diesem Bereich übernehmen würden. Deshalb könnten im Rahmen der Kommunalpolitik flächendeckende Netzwerke für die Vermittlung von Tagesgroßeltern geschaffen werden.

4.2.2 Finanzieller Ausgleich für Erziehende

Verbessert werden müsste auch die Kompensation der finanziellen Nachteile, die durch die Geburt von Kindern entsteht. Erhöhungen des Kindergeldes oder die in einigen Gemeinden eingeführten Auszahlungen bei Geburten zeigten bislang lediglich Mitnahmeeffekte. Sie stellen für Eltern zwar eine Hilfe dar, aber sie können keinen Einfluss auf das Geburtenniveau nehmen. Die Mittel stehen in keinem angemessenen Verhältnis zu den Ausgaben für Kinder. Dies zeigt auch die Einstellung zur Höhe des Erziehungsgeldes, welcher nicht mehr als 6,7 Prozent der Befragten zustimmten.⁵⁷⁾

Es scheint allerdings unvermeidbar zu sein, dass Defizite zwischen den finanziellen Zuwendungen des Staats an Erziehende und deren Aufwendungen bestehen. Deshalb ist es um so wichtiger, den langfristigen Nutzen von Kindern zu stärken. Eine deutliche Anerkennung von Geburten und Erziehungszeiten im zukünftigen Rentensystem führt in diese Richtung. Auch bei der Förderung der Altenpflege durch Familienangehörige wird es wieder ein Vorteil, eigene Kinder zu haben. Schritte wie diese sind notwendig, damit Kinder nicht länger als Kollektivgut der Gesellschaft gelten, sondern eine positive Wirkung auch für ihre Eltern besitzen.

4.2.3 Familienorientierte Wohnungspolitik

Die Wohnsituation stellt für viele junge Familien ein schwer zu bewältigendes Problem dar. Als zentraler Ort des Familienlebens ist der Wohnraum häufig zu klein. Er wird jedoch als wichtigste Bedingung gesehen, wenn sich junge Menschen ein Kind anschaffen.⁵⁸⁾ Die Wohnfläche je Einwohner in den Kreisen und kreisfreien Städten korreliert in Thüringen mit einem Wert von - 0,15 nur schwach mit der Geburtenzahl je 1 Tsd. Einwohner. Dennoch sollte über-

legt werden, wie dieser negative Zusammenhang geändert und in der Wohnsituation die Benachteiligung von Familien vermieden werden kann.

In Städten sind nicht nur die Mieten hoch, sondern auch das Wohnumfeld zeigt sich oft als wenig kinderfreundlich. Deshalb ist eine Präferenz junger Familien zur Stadtfucht erkennbar. Sie hat nicht nur finanzielle Ausfälle für die Städte zur Folge, sondern sie führt auch zu mangelnden sozialen Kontakten zwischen den Generationen. Diese Konsequenzen sollten in der Städteplanung dazu führen, der Familienorientierung eine hohe Priorität einzuräumen. Dazu zählen zum Beispiel bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel in die Stadtzentren. Grünflächen und Spielplätze in Wohngebieten können die Lebensqualität für Familien verbessern.

Dem Bau eines eigenen Hauses im ländlichen Raum stehen ebenfalls Kosten im Weg, die insbesondere von jungen Eltern nicht aufzubringen sind. Sie beginnen bereits mit den Grundstückspreisen. An dieser Stelle besteht allerdings für Kommunen die Möglichkeit, eine Alternative anzubieten. Wenn sie mehr Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung stellen, können die Kosten deutlich reduziert werden. Außerdem kann der Bau von platzsparenden Hausformen wie Reihenhäusern die Bodennutzungseffekte erhöhen und ebenfalls die Kosten senken.⁵⁹⁾ Maßnahmen in dieser Richtung sind unbedingt notwendig, um die Diskrepanz zwischen dem Wohnungsbedarf junger Familien und ihren Einkommen zu reduzieren.

4.2.4 Vermittlung immaterieller Werte

In allen Gesellschaften lassen sich spezifische Wertorientierungen und Lebensweisen der Bevölkerung erkennen. Dem Bewusstsein des eigenen Lebensendes ist dabei jeder Mensch ausgesetzt. Dies führt zwangsläufig zur Entscheidung darüber, wie die Lebenszeit ausgefüllt werden soll. Eine Möglichkeit besteht hierbei in der Wahl, Kinder zur Welt zu bringen, in denen man selbst weiterlebt. Der Wohlstand westlicher Gesellschaften eröffnet eine weitere Alternative. Mit einer starken Konsumneigung sollen die

⁵⁷⁾ Ebd.

⁵⁸⁾ Ebd. Auf die Frage, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, bevor sich junge Leute ein Kind anschaffen, antworteten 95,3 Prozent der Befragten mit eigenem Wohnraum. An zweiter Stelle folgte das regelmäßige Einkommen des Vaters.

⁵⁹⁾ Koolmann, Günther: Familie braucht mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Zentrale Handlungsfelder für Wohnungspolitik und Städtebau. In: Eichholz Brief. Zeitschrift zur politischen Bildung. Sachsenheim 1995.

Chancen des eigenen Lebens soweit wie möglich genutzt werden. Die Orientierung an der Zukunft der Gesellschaft und nachfolgenden Generationen ist dabei gering. Beide Optionen lassen sich kaum vereinen, da sie nur durch hohe Ausgaben zu realisieren sind. Der höhere Lebensstandard von Singles gegenüber Durchschnittsfamilien weist auf dieses Dilemma hin.⁶⁰⁾

Um eine Entscheidung zugunsten der Geburten zu unterstützen, wäre die Wiederanerkennung eines solchen Lebensinhalts auf Kosten des Konsums notwendig. Um die Vermittlung dieser Werte sollten sich Institutionen wie die Kirchen bemühen, die derzeit allerdings mit ihren eigenen Anpassungen an die veränderten Strukturen beschäftigt sind. Dies spiegelt sich im starken Stellenabbau wider. In der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Thüringen wurde die Zahl der aktiven Theologen allein im Jahr 1998 um 19,7 Prozent reduziert. Damit ging auch die Zahl ihrer Amtshandlungen stark zurück.⁶¹⁾ Aufgrund dieser Entwicklung sollten staatliche und private Organisationen mit entsprechenden Zielen verstärkt gefördert werden.

Auch die Repräsentation der Familie in der Öffentlichkeit sollte einen positiven Beitrag zum Umgang mit der Problematik leisten. Durch den starken Konsum von Medien aller Art besitzen sie einen Einfluss auf die Meinungsbildung und die Formulierung von Leitbildern. In diesen bestehen vor allem Defizite in der sozialen Akzeptanz von Familien mit mehr als zwei Kindern.

Besonders mit den Jugendlichen, deren generatives Verhalten die zukünftige Bevölkerungsentwicklung bestimmen wird, sollte eine gezielte Auseinandersetzung mit der Problematik stattfinden. Dadurch bekommt der Mensch die Möglichkeit, dass er sich „mit neuen Werten einrichtet, sobald er seelisch und intellektuell die neue Welt zu erfassen vermag“.⁶²⁾ Diese neue Welt des demographischen Wandels sollte zumindest zum Lehrplan der Pflichtfächer gehören. Bei diesem Thema muss besonders die aktuelle Entwicklung vermittelt werden. Es ließe sich auch als Angebot bei Projekttagen in den Schulen gestalten. Im Gegensatz zur Vermittlung von Lehrinhalten während des regulären Unterrichts kann in einem solchen alternativen Rahmen eine intensivere Auseinandersetzung stattfinden.

Um in der Bevölkerung das Interesse und Vertrauen in die Zukunft zu fördern, sollte die Politik ein positives Beispiel bieten. Verlässliche Entscheidungen für die nächsten Jahrzehnte sind notwendig. Die baldige Verabschiedung eines

zukunftsfähigen Rentenversicherungssystems kann einen Beitrag zur langfristigen Orientierung der Menschen leisten. In Thüringen liegt besonders im Bestand von Kindergärten und Schulen ein großes Potential der Verunsicherung. Jedes Jahr werden Einrichtungen geschlossen, und die Anfahrtswege verlängern sich. Der negative Kreislauf von Geburtenrückgang, Verschlechterung der Infrastrukturen und somit weiteren Gründen, die gegen eigene Kinder sprechen, muss durchbrochen werden. An dieser Stelle sollte von Seiten der Politik versucht werden, Garantien für längere Zeiträume zuzusagen und somit den Eltern eine Planungssicherheit zu geben.

5. Fazit

Die Einwohnerzahl und Altersstruktur Thüringens stellen die Basis für das Bildungssystem, die wirtschaftliche Entwicklung, das Wohnungswesen, die Infrastruktur und eine Vielzahl weiterer Bereiche dar. Eine Änderung dieser Grundlage muss Veränderungen der von ihr abhängigen Größen nach sich ziehen. Dieser Aufsatz zeigt, wie sich die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung auf die genannten Bereiche der Gesellschaft auswirken könnte. Allerdings hat eine vergleichbare Entwicklung noch zu keiner Zeit und in keinem Land stattgefunden, so dass es an Erfahrungen mit den Auswirkungen eines solchen demographischen Prozesses mangelt und auch andere Schlüsse daraus gezogen werden können.

Unausweichlich ist eine baldige Einstellung auf den zunehmenden Anteil der älteren Bevölkerung. Damit sind die Ausführungen zu den Reaktionen auf die prognostizierte Entwicklung relevant. Bezüglich der Geburten muss ebenfalls mit einem Eintreffen der Prognose und entsprechenden Strukturänderungen gerechnet werden. Bei dieser Größe sollte jedoch versucht werden, durch Änderungen der Rahmenbedingungen eine positivere Entwicklung zu fördern. Gewinne aus Außenwanderungen ließen sich zwar weniger problematisch und mit schnellerer Wirkung herbeiführen, aber dabei werden Grenzen durch die Integrationsfähigkeit der Bevölkerung gesetzt.

60) Pöggeler, Franz: Wandel der Familie. Zwischen Verkümmern und Reaktivierung. In Eichholz Brief. Zeitschrift zur politischen Bildung. Sachsenheim 1995.

61) Thüringer Landesamt für Statistik: Statistisches Jahrbuch Thüringen. Ausgabe 2000. Erfurt 2000.

62) Kremp, Herbert: Das Ende der Deutschen? In: Die Welt. 20.07.2000

Zur Einführung konkreter Maßnahmen sind baldige Entscheidungen erforderlich, denn der Bevölkerungsrückgang lässt sich im Nachhinein kaum mehr ausgleichen. Dazu muss in der Landespolitik eine tiefgründige Diskussion der Problematik auf der Grundlage der Bevölkerungsvoraberechnung stattfinden. Aber auch auf anderen Ebenen sind Handlungen gefordert. Die Schaffung eines familienorientierten Umfelds beginnt im kommunalen Rahmen. Da die Entwicklung weitgehend von der Einstellung der Bevölkerung zum generativen Verhalten abhängt, muss das Thema außerdem verständlich und sachlich in der Öffentlichkeit vermittelt werden. Dabei ist es wichtig, den Heranwachsenden ihr Einflusspotential und somit ihre Verantwortung zu verdeutlichen. Wenn die Entwicklung wie prognostiziert einträte, würde es diese Generation sein, die im Jahre 2050 die Problemgruppe der Gesellschaft darstellt.

Neben einer Diskussion der bisherigen Erkenntnisse über die strukturellen Folgen der Bevölkerungsentwicklung sollte die Thematik in der Forschung verstärkt behandelt werden.

Außer den in diesem Aufsatz genannten Problemfeldern müssten dabei noch zahlreiche weitere Aspekte berücksichtigt werden, wie zum Beispiel der Freizeitbereich mit Sport und Kultur.

Insbesondere um Möglichkeiten zur Beeinflussung der Entwicklung zu nutzen, wäre es zunächst erforderlich, qualitative Untersuchungen in der Bevölkerung durchzuführen. Sie sollten darüber Aufschluss geben, welche Schritte positiv auf das generative Verhalten wirken könnten.

Die Konsequenzen der demographischen Entwicklung für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche sollten sich in einer interdisziplinären, projektbezogenen Auseinandersetzung mit der Problematik widerspiegeln. Von Juristen über Architekten und Wirtschaftswissenschaftler bis hin zu Medizinern können zahlreiche Fachrichtungen einen Beitrag leisten. Dies wäre vor allem von Nutzen, um Zusammenhänge zu erkennen und Rückwirkungen einbeziehen zu können.